



Presseschau vom 04.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Andrej Koz: Soldaten für die Ukraine: USA schicken Elitetruppen nach Europa

Die USA bauen ihre Militärpräsenz in Osteuropa aus. Die Verlegung zusätzlicher Einheiten, Waffen und Militärtechnik wurde vom Weißen Haus kurz nach der Veröffentlichung einer Antwort der USA und Nato-Länder auf die Sicherheitsforderungen Russlands angekündigt. ... <https://snanews.de/20220203/usa-schicken-elitetruppen-nach-europa-5235517.html>

Susan Bonath: "Sorry, aber wir sind total überfordert": Meine Genesung mit der deutschen Bürokratie

Geimpft oder ungeimpft, Symptome oder nicht: Das Gesundheitsamt am Wohnort unserer an Corona erkrankten Autorin interessierte all das nicht. Auch Beratung oder ambulante ärztliche Begleitung gibt es nicht im Angebot – ein Trauerspiel nach zwei Jahren Corona und ein Indiz für miserable Daten. ... <https://kurz.rt.com/2t2b>

Thomas Fasbender: Zu viel verlangt?

77 Jahre nach ihrer Befreiung kam eine Überlebende nach Berlin und wünschte sich, ein halbes Stündchen mit den Nachfahren ihrer Befreier zusammenzutreffen. War das wirklich so viel verlangt? ... <https://kurz.rt.com/2t2l>

de.rt.com: **Keine Alternative zu russischem Gas – doch die Probleme sind hausgemacht**
Trotz aller US-Bemühungen, Gaslieferungen Russlands nach Europa zu ersetzen, wird dies auch mithilfe Katars nicht möglich sein. Die nahezu prekäre Versorgungslage insbesondere in Deutschland ist auf die eigene Politik zurückzuführen, die Kosten tragen die Verbraucher. ...
<https://kurz.rt.com/2t1v>

Wladislaw Sankin: **Wahl-Boykott, Aktivismus, Nazivergleiche – Deutsche Welle und ihre "Werte" im Praxistest**

Die Deutsche Welle behauptet, sie sei von missionarischen Gedanken getrieben, weil sie für "Werte" eintrete. Dies habe aber nichts mit Propaganda zu tun. Eine Analyse zeigt, wie weit dieses Selbstbild von der Realität entfernt ist. ...
<https://kurz.rt.com/2fw5>

de.rt.com: **Syriens Außenminister im Interview: "Syrier können aus Deutschland zurückkehren"**

Im Gespräch mit der Nahostkorrespondentin Katrin Leukefeld bekräftigte der syrische Außenminister den Willen seines Landes zu Frieden und Wiederaufbau. Auch die Kriegsflüchtlinge seien "ohne Vorbedingungen" willkommen, in ihr Land zurückzukehren. ...
<https://kurz.rt.com/2t2r>

abends/nachts:

de.rt.com: **Erdoğan besucht Kiew: Türkei will zwischen Russland und Ukraine vermitteln**

Der türkische Präsident hofft, bei seinem Besuch in Kiew "jede Form der Konfrontation" zwischen Russland und der Ukraine beenden zu können. Nach den Olympischen Winterspielen in China soll es ein persönliches Treffen zwischen Putin und Erdoğan in der Türkei geben.

Als "Land am Schwarzen Meer" lade die Türkei alle Parteien ein, Zurückhaltung zu üben und den Dialog zu suchen, um Frieden in die Region zu bringen. Das sagte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan am Donnerstag. Er ist am 3. Februar nach Kiew gereist, um mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij über die Spannungen zwischen der Ukraine und Russland zu sprechen.

"Heute ist ein historischer Tag in den türkisch-ukrainischen Beziehungen, da wir ein Freihandelsabkommen unterzeichnet haben", erklärte der ukrainische Präsident Selenskij am Donnerstagnachmittag während einer Pressekonferenz mit seinem türkischen Amtskollegen Erdoğan.

"Die Türkei und die Ukraine haben eine Rahmenvereinbarung über die Herstellung kampferprobter Bayraktar TB2-Drohnen in der Ukraine vereinbart", fügte Selenskij während der Pressekonferenz hinzu. Er betonte zudem die Verteidigungszusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Die Ukraine hat bereits Kampfdrohnen vom Typ Bayraktar aus der Türkei erhalten, und soll diese mindestens einmal in der Ostukraine eingesetzt haben.

Zuvor lud der türkische Präsident Putin und Selenskij zu Ukraine-Gesprächen ein. Die Türkei sei bereit, zwischen Russland und der Ukraine zu vermitteln. Vor seiner Reise in die Ukraine sagte Erdoğan gegenüber Journalisten, die Türkei rufe beide Seiten auf, den Dialog zu suchen. Er fügte hinzu, die Krise müsse friedlich auf der Grundlage des Völkerrechts gelöst werden. Erdoğan bekräftigte die Bereitschaft Ankaras, seinen Teil dazu beizutragen, eine Atmosphäre des Friedens und des Vertrauens in der Region zu schaffen.

Der türkische Präsident hofft, Selenskij und den russischen Präsidenten Wladimir Putin in der Türkei zu einem gemeinsamen Treffen zusammenführen zu können. Bei diesem soll unter

seiner Vermittlung dann ein Kompromiss in der Ukraine-Krise ausgehandelt werden. Erdoğan erklärte am Donnerstag in Kiew, Präsident Putin habe ihm gesagt, dass er schon bald in die Türkei reisen werde, und zwar im Anschluss an seinen Besuch in China. Putin selbst hatte Berichten zufolge einen Besuch in Ankara für die Zeit nach den Olympischen Winterspielen in Peking in Aussicht gestellt. Falls der Ukraine-Konflikt eskalieren sollte, hat die Türkei ein großes Eigeninteresse an einer Entschärfung der Lage, um einen möglichen Krieg am Schwarzen Meer zu verhindern. Der Kremlsprecher Dmitri Peskow hatte vor kurzem geäußert, Russland begrüße Bestrebungen aller Länder, die Lage in der Ukraine zu regulieren. Wenn sie Einfluss auf die ukrainische Führung nehmen wollten, um Kiew dazu zu bringen, seine Verpflichtungen nach dem Minsker Abkommen einzuhalten, sei dies nur willkommen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fbf2b1b480cc3e800194d5.jpg>

de.rt.com: **Nach Huthi-Angriffen auf Abu Dhabi: USA entsenden Jagdflugzeuge und Kriegsschiff in die Emirate**

Angesichts zunehmender Vergeltungsangriffe der Huthi-Bewegung auf Einrichtungen in den Vereinigten Arabischen Emiraten hat US-Verteidigungsminister Austin die Entscheidung bekannt gegeben, Kampfflugzeuge und einen Zerstörer in die Region zu entsenden.

Die Ansarullah-Bewegung (Huthi-Milizen) im Jemen feuerte innerhalb kurzer Zeit dreimal Raketen auf die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) ab. Der letzte Angriff aus dem Jemen erfolgte beim offiziellen Besuch des israelischen Präsidenten Jitzchak Herzog in Abu Dhabi. Nun will das Pentagon fortschrittliche Jagdflugzeuge und einen Lenkflugkörper-Zerstörer in die Emirate entsenden, um dem Golfstaat dabei zu helfen, einer eskalierenden Bedrohung durch die Huthi-Kämpfer im Jemen entgegenzuwirken. Das berichtete das Wall Street Journal am Mittwoch.

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin sagte gegenüber dem Kronprinzen von Abu Dhabi und De-facto-Herrscher des Golfstaates, Mohammed bin Zayed Al Nahyan, dass die USA ihre militärische Unterstützung verstärken – "als klares Signal, dass die USA an der Seite der VAE als langjähriger strategischer Partner stehen".

Die USA haben den VAE "Frühwarninformationen" zur Verfügung gestellt, um Huthi-Raketenstartplätze zu identifizieren und Patriot-Raketenabwehrsysteme einzusetzen. Die Angriffe auf die VAE, die weit entfernt vom Jemen liegen, markierten eine Trendwende im Jemen-Konflikt und machten deutlich, dass die Jemeniten in der Lage sind, auch die Verbündeten der Saudis von der Ferne aus ins Visier zu nehmen.

Im Luftwaffenstützpunkt Al Dhafra in einem Vorort von Abu Dhabi, der US-amerikanische Streitkräfte beherbergt, suchten US-Truppen bei den Huthi-Angriffen am 24. Januar auf die Hauptstadt Deckung in Bunkern, während US-Abwehrsysteme zum Einsatz kamen.

Als US-Präsident Joe Biden letztes Jahr sein Amt antrat, stellte er die US-Unterstützung für die Offensivoperationen der von Saudi-Arabien geführten Koalition im Jemen ein und sagte: "Der Krieg im Jemen muss enden." Doch die von den USA und den Vereinten Nationen vermittelten Friedensgespräche gerieten schon ins Stocken, während die Huthi-Truppen ein Gebiet nach dem anderem eroberten. Die Entwicklungen veranlassten die von Saudi-Arabien geführte Koalition dazu, ihre Militärkampagne im Jemen zu intensivieren. Die Huthi-Milizen flogen in letzter Zeit Luftangriffe auf die eng mit Saudi-Arabien verbündeten Vereinigten Arabischen Emirate, weil diese ihre Militärintervention im Jemen wieder verstärkt haben, obwohl der Golfstaat sich seit 2019 aus diesem Konflikt zurückgezogen hatte.

Die Huthis signalisierten mit den Angriffen auf die Hauptstadt der Emirate, dass sich westliche Unternehmen im Fall einer Verschärfung der Lage zu ihrer eigenen Sicherheit in Zukunft von wichtiger Infrastruktur in den VAE fernhalten sollten. Ein Huthi-Militärsprecher forderte kürzlich ausländische Unternehmen und Investoren explizit auf, die Emirate zu verlassen.

Die Luftabwehr der VAE fing am Mittwochmorgen nach eigenen Angaben drei Drohnen ab. Es bleibt unklar, wer die Drohnen gefeuert hatte. Die VAE machten die Huthis nicht direkt verantwortlich. Am selben Tag behauptete eine mit Iran verbündete militante Gruppe im Irak, sie habe vier Drohnen auf die Vereinigten Arabischen Emirate abgefeuert. Sollte diese Behauptung stimmen, ist eine neue Front aus dem Norden gegen die Emirate eröffnet worden. Das US-Außenministerium gab kürzlich eine neue Empfehlung heraus, in der die US-Amerikaner aufgefordert wurden, Reisen in die VAE wegen der zunehmenden Huthi-Raketenangriffe zu vermeiden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fbc87148fbef18494ce357.jpg>

de.rt.com: **Journalistenverband: DW-Verbot ist Zensur, aber RT DE-Sendestopp nicht**

Während der Beschluss deutscher Behörden, RT DE an der Ausstrahlung seines Programmes zu hindern, keine Zensur sei, verurteilte eine der größten deutschen

Journalistenorganisationen die Vergeltungsmaßnahmen Russlands als genau das – Zensur.

Der Deutsche Journalistenverband (DJV) hat in einer Presseerklärung am Donnerstag gefordert, die Schließung der Deutschen Welle in Russland "sofort" zurückzunehmen. Zudem verlangt der Verband, allen Journalisten des deutschen Auslandssenders die von Moskau zurückgezogene Akkreditierung wieder zu verleihen. Der DJV-Bundesvorsitzende Frank Überall erklärte:

"Es gibt keinerlei Rechtfertigung für diese drastische Zensurmaßnahme."

Das russische Maßnahmenpaket gegen die Blockade von RT DE in Deutschland bezeichnete er als "billige Retourkutsche", denn die Deutsche Welle sei, im Gegensatz zu RT DE, "unabhängiger" und "kritischer" Journalismus.

Überall forderte die Bundesregierung auf, gegen die angebliche "Schikane" einen "deutlichen

und unüberhörbaren Protest" einzulegen. Die regierende Ampel-Koalition stehe in der Verantwortung für den deutschen Auslandssender sowie dessen Beschäftigten. "Das muss Moskau unverzüglich klargemacht werden", so Überall.

Hendrik Zörner, Pressesprecher des Journalistenverbandes, verteidigte in einem separaten Kommentar, der am gleichen Tag veröffentlicht wurde, den von den deutschen Regulierungsbehörden verhängten Sendestopp für RT DE. In dieser Erklärung, die noch vor Bekanntwerden der jüngsten Maßnahmen Moskaus verfasst wurde, wirft der DJV-Sprecher dem russischen Ministerium bei seiner Reaktion auf die Entscheidung der deutschen Behörden "Kriegsrhetorik" vor. Sowohl die Androhung als auch die Nutzung des Begriffs "Vergeltungsmaßnahmen" seien "völlig inakzeptabel". Die "militärische Aufrüstung" Russlands setzte sich in der Sprache der russischen Behörden fort. Das kommentierte Zörner empört: "Das an sich ist schlimm genug".

Das Sendeverbot für RT DE verteidigte Zörner mit der spitzfindigen Charakterisierung der Medienanstalt Berlin-Brandenburg nicht als staatliche Behörde, sondern als eine "unabhängige Medienaufsicht". Diese Unterscheidung sei möglicherweise den russischen Verantwortlichen nicht bekannt. RT DE könne ja, so der Pressesprecher, gegen diese Entscheidung klagen.

Auch die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, der die andere große deutsche Journalistenorganisation, die Deutsche Journalistenunion (DJU) angehört, kritisierte die russischen Vergeltungsmaßnahmen. Verdi protestierte scharf gegen die Schließung des Büros der Deutschen Welle und das gegen den Sender verhängte Sendeverbot, erklärte die Gewerkschaft in einer Pressemitteilung. Christoph Schmitz, der im Verdi-Bundesvorstand den Bereich Medien betreut, sprach von einem "klaren Angriff auf die Pressefreiheit in einem Land, das Meinungsfreiheit und demokratische Opposition auch gewaltsam" unterdrücke. Die Entscheidung der russischen Behörden sei nicht akzeptabel. Der Gewerkschafter forderte Bundeskanzler Olaf Scholz auf, dagegen Druck auszuüben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fbfe7eb480cc537270a43f.jpg>

snanews.de: **Nach Operation in Syrien: US-Militär sprengt kaputten Hubschrauber**

Das US-Militär hat den eigenen Hubschrauber gesprengt, welcher während einer Operation gegen den Anführer der Terrormiliz „Islamischer Staat“, Ibrahim al-Hashimi al-Qurayshi, im Nordwesten Syriens kaputt gegangen war. Dies teilte der Pentagon-Sprecher John Kirby bei einem Briefing mit.

Er betonte, dass der Nachtangriff auf der US-Seite keine Verluste verursacht habe. „Obwohl es keine amerikanischen Opfer gab, wies einer unserer Hubschrauber einen mechanischen Defekt auf (...) Es wurde festgestellt, dass seine weitere Verwendung unpraktisch ist und sogar gefährlich sein könnte. Daher beschloss (der Leiter des

Zentralkommandos der US-Armee, Kenneth – Anm. d. Red.) McKenzie, den Hubschrauber zu verlassen und ihn an Ort und Stelle zu zerstören, indem er in die Luft gesprengt wurde“, sagte Kirby.

Am Donnerstag gab US-Präsident Joe Biden bekannt, dass die Streitkräfte des Landes in der vergangenen Nacht eine Anti-Terror-Operation im Nordwesten Syriens durchgeführt hätten, bei der IS-Anführer Al-Qurayshi getötet worden sei.

Der 45-Jährige wurde als zweiter „Kalif“ des Islamischen Staates bezeichnet, nachdem sein erster Anführer, Abu Bakr al-Baghdadi, im Oktober 2019 bei einem US-Überfall getötet worden war.

Nach US-Angaben sprengte sich Al-Qurayshi während der Operation in die Luft. Es seien mit ihm auch mehrere Komplizen eliminiert worden, hieß es. Zudem seien mindestens drei Zivilisten bei dem Einsatz getötet worden, bestätigte Kirby. Bei denen handelt es sich ihm zufolge um die Frau und zwei Kinder von Al-Qurayshi.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/05/19/2241128_0:86:1920:1166_1920x0_80_0_0_7cc5cb09ca570f0a186eb1395e46a556.jpg

de.rt.com: **Universitäten in Afghanistan wieder geöffnet – Strikte Trennung von Männern und Frauen**

In den südlichen Provinzen Afghanistans sind die staatlichen Universitäten wieder geöffnet worden. Für Frauen gelten allerdings besondere Regelungen. Sie müssen getrennt von Männern studieren und verhüllende Kleidung tragen.

Nach einer neunmonatigen Unterbrechung haben am 2. Februar in den wärmeren Provinzen Afghanistans, Kandahar und Helmand, die staatlichen Universitäten ihren Betrieb wieder aufgenommen. Nach Angaben des Bildungsministeriums der ehemaligen afghanischen Regierung sollen vor der Machtübernahme durch die Taliban rund zehn Prozent der 12.000 Studenten der Universität Kandahar Frauen gewesen sein.

Die übrigen Universitäten in den südlichen Provinzen Zabul und Urusgan bleiben weiterhin geschlossen. Ab dem 26. Februar sollen auch Universitäten in den nördlichen Provinzen ihre Tore für Studierende wieder öffnen.

Studieren dürfen sowohl Männer als auch Frauen. Weibliche Studenten werden jedoch aufgefordert, die islamischen Scharia-Gesetze zu befolgen. Dazu gehören die obligatorische Trennung der Geschlechter sowie strikte Kleidervorschriften.

Zuvor hatte ein Vertreter des Taliban-Ministeriums für die Förderung von Tugenden und Verhinderung von Lastern gegenüber Reportern erklärt, mit islamischer Kleiderordnung seien die Burka und die schwarze Abaya im arabischen Stil gemeint.

Nach Angaben des Taliban-Ministeriums für Hochschulbildung werden die unterbrochenen Vorlesungen nach der Öffnung der Universitäten für drei Wochen fortgesetzt, danach soll die Prüfungsphase beginnen. Das neue Semester beginnt in den wärmeren Provinzen am 21.

März, während die Universitäten in den Provinzen mit kühlerem Klima erst am 16. April ins

neue Semester starten.

Staatliche und private Universitäten waren nach der Machtübernahme durch die Taliban geschlossen worden – angeblich, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verhindern. Die privaten Universitäten wurden am 15. September 2021 wieder geöffnet. Staatliche Universitäten blieben bis zum 2. Februar 2022 geschlossen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fc23e5b480cc7d10444c6e.jpg>

snanews.de: **Russlands Außenamt verteidigt harte Reaktion auf Umgang mit RT in Deutschland**

Das Sendeverbot für die Deutsche Welle in Russland ist aus Sicht Moskaus eine angemessene Antwort auf das Sendeverbot für den russischen Staatssender RT DE in Deutschland.

Die Entscheidung des russischen Außenministeriums löste eine heftige Reaktion in Deutschland aus. „Die deutsche Staatsministerin für Kultur und Medien hält das Sendeverbot für die Deutsche Welle in Russland für unannehmbar“, schrieb die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Donnerstag in ihrem Telegram-Kanal. „Das ist aber lächerlich. Denn der Journalistenverband Deutschlands hatte lauter als alle anderen gefordert, die Tätigkeit von RT DE einzuschränken. Die Bundesregierung wies dauernd darauf hin, sie habe mit dem Sperren von RT DE nichts zu tun, distanzierte sich öffentlich von der Situation und sprach von einer öffentlich-rechtlichen Regelung“, schrieb Sacharowa und warf der deutschen Seite vor, mit zweierlei Maß zu messen.

Ein ranghoher Mitarbeiter des russischen Außenamtes teilte der SNA mit, dass Russland zurückrudern könnte, „falls Deutschland seine Position gegenüber RT DE“ ändere.

Sendeverbot für RT DE

Am 1. Februar hatte die Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) über ihren Beschluss informiert, die Ausstrahlung des russischen Auslandssenders RT in Deutschland wegen der fehlenden medienrechtlichen Zulassung verboten zu haben. Für das Programm von RT DE sei eine Zulassung gemäß Paragraph 52 des Medienstaatsvertrags erforderlich, hieß es. Diese sei aber weder erteilt noch beantragt worden.

Sendeverbot für Deutsche Welle

Das Außenministerium in Moskau kündigte am Donnerstag Maßnahmen gegen die Deutsche Welle an. Neben dem Sendeverbot beinhalten sie die Schließung des Moskauer Büros und die Einstufung des Senders als ausländischer Agent. Zudem wird den Reportern des Senders die Akkreditierung entzogen.

Die Entscheidung der mabb, die Ausstrahlung von RT DE in Deutschland zu verbieten, nehme Russland „jede andere Wahl“, als mit der Umsetzung von Gegenmaßnahmen zu beginnen, hieß es aus Moskau.

Das deutsche Außenministerium hat das von Moskau erteilte Sendeverbot gegen die Deutsche Welle am Donnerstag kritisiert. Die angekündigten Maßnahmen „entbehren jeglicher Grundlage und stellen eine erneute Belastung für die deutsch-russischen Beziehungen dar“, sagte eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes am Donnerstag in Berlin.



https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/1d/328851_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_bab2f752f78881eb7aa761f78fd8f254.jpg

de.rt.com: **Bericht: USA planen, Russland inszenierten Angriff als Vorwand für Ukraine-Invasion vorzuwerfen**

Wie die Washington Post berichtet, behaupten US-Beamte, Russland habe einen Plan entwickelt, um einen Vorwand für einen Einmarsch in die Ukraine zu schaffen. Beweise dafür lieferten die Informanten nicht.

Laut einem Bericht der Washington Post behaupten US-Beamte, sie hätten Beweise dafür, dass Russland einen Plan entwickelt hat, um einen Vorwand für einen Einmarsch in die Ukraine zu schaffen. Demnach solle den ukrainischen Streitkräften fälschlicherweise ein Angriff angelastet werden, der nicht nur in der Ostukraine, sondern auch in Russland Opfer fordern könnte. Die Details des angeblichen Plans stammen von den US-Geheimdiensten und werden voraussichtlich am Donnerstag von der Biden-Administration der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Dies teilten dem Bericht zufolge vier mit der Angelegenheit vertraute Personen mit.

Die angebliche Operation, die die Vereinigten Staaten aufdecken wollen, beinhalte die Ausstrahlung von Bildern ziviler Opfer in der Ostukraine – und möglicherweise jenseits der russischen Grenze – für ein breites Publikum. Damit solle Empörung gegen die ukrainische Regierung erzeugt und ein Vorwand für eine Invasion geschaffen werden, so zwei der Informanten. Unklar sei jedoch, ob die Opfer echt oder vorgetäuscht seien, sagte ein US-Beamter. Laut der Washington Post behauptet die mit dem vermeintlichen Plan vertraute Person, er sei von russischen Sicherheitsdiensten formuliert worden und befinde sich in einem fortgeschrittenen Stadium der Vorbereitung.

Der Plan steht im Zusammenhang mit anderen Plänen, die von westlichen Geheimdiensten "aufgedeckt" wurden. Dazu gehörten die Platzierung russischer Saboteure in der Ostukraine und ein weiterer angeblicher Plan, der auf Behauptungen der britischen Regierung zurückgeht. Deren Ziel sei jeweils, die ukrainische Regierung zu destabilisieren und eine pro-russische Figur an der Spitze des Landes zu installieren, so die Beamten. Die angeblichen Pläne "hängen natürlich alle zusammen", der jüngste Plan zielt jedoch auf "eine spezielle Operation, die einen potenziellen Vorwand schaffen soll", sagte ein US-Beamter. Wie die übrigen Informanten auch, konnte der Beamte keine Belege für das angebliche Komplott liefern, beharrt jedoch darauf, über die Angelegenheit unterrichtet worden zu sein. Da es sich

um angeblich "sensible Geheimdienstinformationen" handle, sprachen die Beamten nur unter Bedingung der Anonymität.

Das Weiße Haus hatte wiederum erklärt, die Vereinigten Staaten hätten keine Hinweise darauf, dass Putin eine Invasion beschlossen habe. Es gebe lediglich "Beweise für eine fortgeschrittene Planung der russischen Regierung". Die USA und die NATO werfen Russland seit Monaten vor, einen Überfall auf die Ukraine zu planen. Russland wies dies wiederholt zurück. Seinerseits fordert Moskau von Washington und dem westlichen Militärbündnis schriftliche Garantien, dass sich die NATO nicht weiter nach Osten ausdehnen wird.

Erst vor knapp zwei Wochen hatte ein Sprecher der Streitkräfte der international nicht anerkannten Volksrepublik Donezk gegenüber RT im Interview unter Berufung auf angebliche Geheimdienstberichte erklärt, dass es die Ukraine sei, die eine Operation unter "falscher Flagge" plane (RT DE [berichtete](#)). Er erklärte, ebenfalls ohne Beweise zu liefern, dass die Kommandos der ukrainischen Streitkräfte planen, bei der Mission die Uniformen russischer Spezialeinheiten sowie lokaler Kämpfer zu tragen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fc2d0bb480cc04e53c24dc.jpg>

vormittags:

de.rt.com: **Zum Schutz gegen Sanktionen: Kreml entwickelt Aktionsplan bei Abkopplung Russlands vom US-Dollar**

Moskau rüstet sich für mögliche Sanktionen des Westens mit einem Aktionsplan, der die dadurch verursachten Risiken minimieren soll. Dieser sieht auch Maßnahmen für den Fall eines US-Verbots von Dollar-Transaktionen für russische Banken vor.

Moskau mache sich auf die drohenden harten Sanktionen von US-amerikanischer Seite inmitten des anhaltenden Streits um die Ukraine gefasst, einschließlich einer möglichen Einschränkung des Zugangs zu Dollar-Transaktionen für russische Banken. Dies teilte der Kremlsprecher, Dmitri Peskow, als Reaktion auf entsprechende Drohungen aus Washington am Mittwoch gegenüber Reportern mit. Das Sanktionsverhalten der USA bezeichnete er dabei als "völlig unberechenbar". Er sagte:

"Wir haben Pläne. Es gibt Pläne zur Risikoabsicherung, zur Minimierung der Folgen solcher unberechenbaren Aktionen."

Washington behalte "seine Unberechenbarkeit in internationalen Angelegenheiten in dieser Hinsicht bei." Und das bereite dem Kreml zweifellos Sorgen, erklärte Peskow ferner.

Dennoch mahnte der Pressesprecher des russischen Präsidenten die US-Regierung zum Abbau der Spannungen im Ukraine-Konflikt:

"Ich wiederhole es noch einmal: Wir haben die Vereinigten Staaten konsequent dazu aufgefordert, auf provokative Aktionen zu verzichten und die Spannungen auf dem europäischen Kontinent nicht weiter zu verschärfen."

Für den Fall eines Einmarsches in der Ukraine, den Russland angeblich plant, ziehen die USA und die EU Sanktionen in Erwägung, die sich gegen die größten Banken des Landes richten sollen. Das hatte die Nachrichtenagentur Bloomberg im Dezember berichtet. Diese Sanktionen würden auch die Möglichkeit für Investoren einschränken, russische Schulden auf dem Sekundärmarkt zu kaufen, sowie es dem Land erschweren, Rubel in US-Dollar oder andere ausländische Währungen umzutauschen.

Vergangenen Monat drohte US-Präsident Joe Biden Russland harte Maßnahmen im Falle einer Invasion in der Ukraine an, einschließlich eines Verbots für die russischen Banken, Geschäfte in US-Dollar zu tätigen. Derzeit wird im US-Kongress ein Gesetzentwurf erörtert, der ähnliche Sanktionen gegen Moskau vorsieht und auch den russischen Energiesektor ins Visier nimmt. Darüber hinaus umfasst der Entwurf die Bereitstellung von 500 Millionen US-Dollar Militärhilfe für die Ukraine.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fc042bb480cc3e992ed2da.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 3. Februar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Baerbock verweigerte Gespräche über Ausweg aus RT DE-Krise**

Das russische Außenministerium hat Annalena Baerbock Vorschläge zur Lösung der Krise um die Ausstrahlung von RT DE gemacht. Dies meldet die Nachrichtenagentur RIA Novosti unter Verweis auf eine Quelle, der zufolge sich die deutschen Diplomaten weigerten, irgendetwas zu diesem Thema zu besprechen.

Während des Besuchs der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock in Moskau wurde Berlin ein Ausweg aus der Krise um RT DE angeboten. Berlin habe jedoch abgelehnt, die Angelegenheit zu besprechen. Dies gab eine Quelle des russischen Außenministeriums gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Novosti bekannt. Die Quelle berichtete:

"Während des Besuchs der deutschen Außenministerin in Moskau und ihres Gesprächs mit Lawrow schlug die russische Seite Wege aus der von den deutschen Behörden geschaffenen Krisensituation in Bezug auf RT DE vor, doch die deutsche Seite lehnte es ab, diese zu diskutieren."

Am Donnerstag leitete Russland Vergeltungsmaßnahmen wegen des Vorgehens der deutschen Behörden gegen RT DE ein. Sie umfassen unter anderem die Schließung des Büros der Deutschen Welle in Russland sowie die Einleitung eines Verfahrens zur Einstufung der Deutschen Welle als Auslandsagent.

Die Berliner Medienaufsichtsbehörde (mabb) hatte am Mittwoch RT DE die Ausstrahlung von Sendungen in deutscher Sprache in Deutschland untersagt, weil der Sender angeblich nicht

über die erforderliche Lizenz verfüge. Laut einer Erklärung der deutschen Regulierungsbehörde habe der Sender weder eine Genehmigung erhalten noch beantragt und müsse daher seine Liveübertragungen im Internet, über die RT News Mobile App und über Satellit einstellen.



<https://cdn.rtr.de/deutsch/images/2022.02/article/61fcd86d48fbef2cce2709ce.jpg>

rusvesna.su: **Die Ukraine wird nicht direkt mit dem Donbass sprechen**

Trotz der Vereinbarungen von Minsk schließen die Kiewer Behörden die Möglichkeit eines direkten Dialogs mit DVR und LVR kategorisch aus. Das teilte der Chef des ukrainischen Außenministeriums Dmitri Kuleba mit.

„Die Vereinbarungen von Minsk können nicht zu russischen Bedingungen umgesetzt werden, die auf einem direkten Dialog zwischen der Ukraine und ORDLO (bestimmte Regionen der Regionen Donezk und Lugansk - Anm. d. Red.) beruhen, der uns aufgezwungen wird und der, das kann ich Ihnen bestätigen, bei allen Treffen auf allen Ebenen ganz klar abgelehnt wird“, sagte er im Programm des Fernsehsenders 1 + 1.

Kuleba bemerkte auch, dass die Ukraine bei den neuen Verhandlungen im Normandie-Format weiterhin die Position verteidigen werde, die die Ablehnung eines direkten Dialogs mit Donbass vorsehe.

Neben Kuleba erklärte Alexej Danilow, Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, in einem Interview mit The Associated Press, dass es für Kiew unmöglich sei, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, da dies zur Zerstörung des Landes führen würde.

Darüber hinaus schließt das offizielle Kiew nach Angaben des ukrainischen Außenministeriums die Möglichkeit aus, dem Donbass einen Sonderstatus oder ein Vetorecht zu gewähren.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/dmitriy_kuleba_1.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 4. Februar um 9:00 Uhr 23.548 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 1382 Personen sind derzeit erkrankt, 18.980 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 3186 Todesfälle.

de.rt.com: **Auch RT France unter Druck? Sender kommentiert Berichte über Untersuchung gegen seine Tätigkeit**

Der französische Ableger von RT, der Sender RT France, hat sich zu Berichten über eine Untersuchung der lokalen Medienaufsichtsbehörde gegen ihn geäußert. Die Chefin von RT France bezeichnete die Vorgänge als geplante Aktion und forderte die Klärung der Vorwürfe. Der Fernsehsender RT France hat die französische Medienaufsichtsbehörde Arcom zu einer Stellungnahme bezüglich der möglichen Untersuchung der Nachrichtenberichterstattung des Senders aufgefordert. Zuvor war in französischen Medien über eine Kampagne gegen RT France berichtet worden. RT wörtlich:

"Unser französischsprachiger Sender hat bei der Regulierungsbehörde bereits eine Klarstellung beantragt. Es gab bisher keine Antwort."

Die französische Zeitschrift Challenges hatte berichtet, dass die Regulierungsbehörde für audiovisuelle und digitale Kommunikation Arcom eine Untersuchung "über die Berichterstattung des vom russischen Staatshaushalt finanzierten Senders RT France" eingeleitet habe. Mehrere Verbände beklagten "Versäumnisse bei der Berichterstattung über Krisen wie die Gelbwesten oder die Lage in Syrien und der Zentralafrikanischen Republik". In diesem Zusammenhang schrieb die Chefin von RT France, Ksenia Fedorova, auf ihrem Telegram-Kanal, dass die Untersuchung gegen RT France eine geplante Aktion sei. Fedorova zog Parallelen zwischen dem Verbot der Ausstrahlung von RT DE in Deutschland und wies darauf hin, dass die Informationen über die Untersuchung am Tag nach der Verhängung der Beschränkungen für RT DE aufgetaucht seien. Sie fügte hinzu, wenn die Berichte von Challenges wahr seien, sei dies ein Zeichen der Zensur:

"Es geht nicht mehr darum, Fake News oder Ungereimtheiten ausfindig zu machen, sondern darum, wie man Informationen präsentiert."

Um die Ausstrahlung von RT France auszusetzen, können die Behörden auf ein Gesetz von 2018 zurückgreifen, das im Volksmund als Gesetz gegen RT bekannt ist, so die Chefin von RT France weiter. Das Gesetz gelte jeweils in der Zeit von Wahlkämpfen und könne gegen ein Medienunternehmen eingesetzt werden, das "unter dem Einfluss eines ausländischen Staates" stehe, wenn die Regulierungsbehörde der Ansicht sei, dass die Ausstrahlung des Senders "gegen die grundlegenden Interessen der Nation" verstoße, präzisierte Fedorova. ...



<https://cdn.rtf.com/deutsch/images/2022.02/article/61fc3b54b480cc03b2313b77.jpg>

Mzdnr.ru: Am 3. Februar wurden in der DVR 4298 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 1270 positiv, bei 11 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 92 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 13 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 56 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 762 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 339 mit Sauerstoffunterstützung (+10 in den letzten 24 Stunden).

Am 4. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 129.776 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

9783 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 110.420 als gesund entlassen, es gibt 9573 Todesfälle.

de.rt.com: **Handel nur mit dem Westen! USA warnen China davor, Sanktionen gegen Russland zu umgehen**

Am Donnerstag sprach das Weiße Haus eine Warnung Richtung Peking und Moskau aus. Die Folgen einer Invasion Russlands in die Ukraine werden nicht durch die Nähe zu Peking wettgemacht werden können. Sollte China die Exportkontrollen gegen Moskau umgehen, wird dies Konsequenzen haben.

Die NATO-Mächte sind sich einig, dass eine Invasion Russlands in die Ukraine schwere wirtschaftliche Folgen für Russland haben wird. Der Sprecher des US-Außenministeriums Ned Price nutzte den Anlass des Treffens zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping, um die wirtschaftliche Großmacht China vor zu viel Nähe zu Moskau zu warnen und forderte, mit dem Westen Handel zu betreiben, denn:

"Wir haben eine Reihe von Instrumenten, die wir einsetzen können, wenn wir sehen, dass ausländische Unternehmen, einschließlich derer in China, ihr Bestes tun, um die US-Exportkontrollmaßnahmen zu unterlaufen, ihnen auszuweichen oder diese zu umgehen."

Am heutigen Freitag werden Putin und Xi Jinping gemeinsam der Eröffnung der Olympischen Spiele beiwohnen. Putin blickt im Hinblick auf die Verbindungen nach Peking positiv in die Zukunft:

"Eine zukunftsorientierte strategische Partnerschaft."

Price ging noch weiter und zieht eine düstere Prognose für die russische Wirtschaft:

"Wenn Russland denkt, dass es in der Lage sein wird, einige dieser Folgen durch eine engere Beziehung zu (China) abzumildern, ist das nicht der Fall. Es wird die russische Wirtschaft in vielerlei Hinsicht noch brüchiger machen."

Er ist der Ansicht, dass, wenn man nicht mit dem Westen, mit Europa und den Vereinigten

Staaten Handel betreibt, man seine Produktionskapazitäten reduziert. Über die Reaktionen der vermeintlichen "russischen Aggressionen" hatten US-Außenminister Antony Blinken und Chinas Außenminister Wang Yi vergangene Woche in einem Telefongespräch gesprochen. Die Reaktion des chinesischen Botschafters in Washington, Liu Pengyu, fiel nüchtern aus: "Wir haben die entsprechenden Berichte zur Kenntnis genommen. Das Schüren von Spannungen trägt nicht dazu bei, die Ukraine-Krise zu entschärfen, sondern führt nur zu mehr Unsicherheit in der Region und der ganzen Welt. China lehnt dies entschieden ab."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fce016b480cc545e2bf933.jpg>

de.rt.com: **Washington beschuldigt Russland erneut "Falscher Flagge"-Operation in der Ukraine - ohne Beweise**

Nachdem Washington vor kurzem seine Behauptung einer "bevorstehenden russischen Invasion" der Ukraine zurücknahm, beschuldigt es Moskau nun erneut, eine "falsche Flagge" in der Ukraine zu planen, die Moskau angeblich einen Vorwand für einen Einmarsch in die Ukraine liefern würde. Die neuesten Behauptungen wurden, wie die letzten, wieder ohne einen einzigen Beweis vorgebracht.

Die USA haben Russland erneut beschuldigt, eine Operation unter falscher Flagge vorzubereiten. Diesmal beschuldigt Washington Moskau, ein Propagandavideo mit Krisendarstellern, inszenierten falschen Explosionen und militärischer Ausrüstung der NATO, wie z. B. türkischen Drohnen, als Vorwand für einen Einmarsch in die Ukraine in den kommenden Tagen zu erstellen.

Die Behauptung wurde erstmals am Donnerstagmorgen von der Washington Post veröffentlicht, die sich auf einen ungenannten US-Beamten berief, der Einschätzungen des US-Geheimdienstes zitierte. Sie wurde dann von CNN und anderen Sendern aufgegriffen. Am Donnerstagnachmittag erklärte der Sprecher des US-Außenministeriums, Ned Price, dass die US-Regierung diese Geheimdienstinformationen "veröffentlicht" habe und wiederholte die Beschreibung des angeblichen Videos, die in den Berichten der Post und von CNN enthalten war.

Das Video sei "vollständig vom russischen Geheimdienst fabriziert" und sei "eine von mehreren Optionen, die die russische Regierung als Vorwand für eine militärische Aggression gegen die Ukraine entwickelt und möglicherweise rechtfertigt", so Price. Er fügte hinzu, dass die USA diese Behauptung öffentlich machen, um Russland von seiner "destruktiven und destabilisierenden Desinformationskampagne" gegen die Ukraine abzubringen.

Auf die Frage, ob er Beweise für diese Behauptung vorlegen könne, sagte Price, seine eigene Erklärung sei ein Beweis und stamme aus Informationen, die der US-Regierung bekannt seien, Geheimdienstinformationen, die wir freigegeben hätten.

"Wenn Sie die Glaubwürdigkeit der US-Regierung, der britischen Regierung und anderer

Regierungen anzweifeln und Trost in den von den Russen verbreiteten Informationen finden wollen, dann ist das Ihre Sache", sagte Price dem diplomatischen Korrespondenten der AP, Matt Lee, und wies seine Frage zurück.

„Russland tut so etwas nie", sagte Moskaus Botschafter bei der EU, Wladimir Tschischow, am Donnerstag gegenüber RIA Novosti, als er zu den neuen US-Vorwürfen befragt wurde.

Als Beweis für angebliche russische "Aktionen" in der Ukraine zitierte der Sprecher des Außenministeriums die Behauptung, die anonyme US-Beamte Mitte Januar gegenüber CNN geäußert hatten, wonach Russland eine in urbaner Kriegsführung ausgebildete "Gruppe von Agenten" entsandt habe, um "Russlands eigene Stellvertreter" in den beiden umstrittenen Regionen der Ostukraine anzugreifen, um einen Vorwand für eine "Invasion" zu schaffen. Moskau wies diese Behauptungen als "unbewiesenes" Hörensagen zurück. Einige Tage später erklärten Anführer der Donezker Miliz gegenüber Reportern, dass es sich um britisch ausgebildete ukrainische Saboteure handele, die Angriffe planten, die sie dann als "falsche Flaggen" Russland zuschreiben würden.

Später, nach der Pressekonferenz, in der Lee Beweise verlangte, die Price nicht liefern konnte, äußerte sich Price auf Twitter zu seiner Interaktion mit Lee. Er sagte:

"Der berühmte @APDiploWriter (Matthew Lee) und ich haben uns schon oft gestritten, und ich habe die Narben, die das beweisen. Er lässt sich eindeutig von niemandem täuschen, und ich würde nie etwas anderes behaupten wollen. Ich habe großen Respekt vor ihm, was ich in einem Anruf nach dem Briefing unterstrichen habe."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fcdfe6b480cc5d6872dd83.jpg>

Lug-info.com: YouTube hat ohne Angabe von Ursachen den Kanal der staatlichen Informationsagentur „Lugansker Informationszentrum“ gelöscht, teilte der leitende Redakteur von LIZ Sergej Meschkowoj mit.

Zurzeit untersucht die Leitung der Agentur die Lage und hat einen Brief an den technischen Dienst der Videohostingagentur geschickt.

„Es verwundert, dass der Kanal so gelöscht wurde, als hätte er im Grund in der Suchfunktion von YouTube nie existiert: Wenn man nach „Lugansker Informationszentrum“ sucht, wird einfach nichts ausgegeben, als hätte es einen solchen Kanal nie gegeben, obwohl er vor fast sieben Jahren eingerichtet wurde“, sagte Meschkowoj.

Letzte Nacht hat YouTube auch die Kanäle der Staatlichen Fernsehgesellschaft der LVR und des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR gelöscht.

„Wir hatten schon früher mit Situationen zu tun, wo ein Kanal oder ein einzelnes Video blockiert wurde, aber wenigstens gab es eine Erklärung warum, aber jetzt sind uns die Ursachen des Vorgehens der Führung von YouTube völlig unverständlich. Wir hoffen sehr, dass heute zu klären. Es wäre sehr schade, wenn wir den Kanal nicht wiederherstellen

könnten, weil dort einige tausend recht populäre Videos sind – vor allem Pressekonferenzen von LIZ seit 2015. Es wäre schlecht, wenn wir die für immer verlieren würden“, sagte er.

de.rt.com: **China unterstützt die russischen Forderungen nach einem Stopp der NATO-Erweiterung**

Peking unterstützt Moskaus Forderung nach einem Ende der NATO-Expansion nach Osten. Der russische Präsident Wladimir Putin und sein chinesischer Amtskollege Xi Jinping haben inmitten eines eskalierenden Streits zwischen Moskau und dem von den USA geführten Militärblock in Osteuropa gemeinsam die NATO aufgefordert, ihre Expansionspläne zu stoppen und eine Fortsetzung der Mentalität des Kalten Krieges zu vermeiden.

Nach einem Treffen zwischen den beiden Staatschefs am Freitag in Peking, noch vor der Eröffnung der Olympischen Winterspiele, veröffentlichte der Kreml den Wortlaut einer von beiden Seiten vereinbarten Erklärung, in der zum Dialog aufgerufen wird, um die Spannungen zu verringern.

"Die Parteien lehnen die weitere Ausdehnung der NATO ab und fordern das Nordatlantische Bündnis auf, von ideologischen Ansätzen aus der Zeit des Kalten Krieges Abstand zu nehmen", heißt es darin.

Außerdem wird der Block aufgefordert, "die Souveränität, die Sicherheit, die Interessen anderer Länder und die Vielfalt ihrer zivilisatorischen und kulturhistorischen Wege zu respektieren und die friedliche Entwicklung anderer Regierungen objektiv und fair zu behandeln".

Die beiden Länder betonten auch die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen auf der ganzen Welt angesichts der Herausforderungen der schnell voranschreitenden wirtschaftlichen Globalisierung, der politischen Umwälzungen und einer Pandemie, die weiterhin Millionen von Menschen bedroht und die internationale Sicherheit beeinträchtigt.

Sie riefen die Staats- und Regierungschefs der Welt auf, "den Dialog und das gegenseitige Vertrauen zu stärken, die Zusammenarbeit zu vertiefen und universelle menschliche Werte wie Frieden, Wachstum, Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit zu verteidigen".

Das Treffen zwischen Putin und Xi ist das erste persönliche diplomatische Treffen des chinesischen Staatschefs seit dem Ausbruch der Coronavirus-Pandemie. Es findet inmitten einer Reihe von Warnungen westlicher Staats- und Regierungschefs statt, wonach Moskau eine Invasion in der benachbarten Ukraine plane, in denen auf Berichte über Truppenaufstockungen in der Nähe der gemeinsamen Grenze sowie über groß angelegte gemeinsame Militärübungen im benachbarten Weißrussland hingewiesen wird.

Moskau hat stets bestritten, dass es irgendwelche aggressiven Absichten hat, und hat schriftliche Sicherheitsgarantien gefordert, die die Ausweitung der NATO, des von den USA geführten Militärblocks, auf die Ukraine und Georgien einschränken und die beiden Staaten faktisch von der Mitgliedschaft ausschließen. In dieser Woche wurden der spanischen Zeitung El Pais Dokumente zugespielt, aus denen hervorgeht, dass Washington ein solches Abkommen formell abgelehnt, jedoch andere Maßnahmen vorgeschlagen hat, um die militärische Transparenz zwischen beiden Seiten zu erhöhen.

Putin und andere hatten zuvor erklärt, sie könnten nicht näher bezeichnete "militärisch-technische Maßnahmen" ergreifen, wenn sie dies für notwendig erachten, um die Sicherheit Russlands zu gewährleisten.

Im Vorfeld der Gespräche zwischen Putin und Xi betonte der außenpolitische Berater des Kremls, Juri Uschakow, dass Russland und China "ähnliche und übereinstimmende Positionen zu einem großen Teil der internationalen Probleme" hätten.

Die beiden Länder haben in den letzten Monaten die Bedeutung ihrer Beziehungen betont, und im Dezember sagte Uschakow, China unterstütze die Bemühungen Russlands, ein Abkommen mit der NATO zu unterzeichnen. Peking hat sich zuvor verpflichtet, mit Moskau

zusammenzuarbeiten, um Finanzsysteme zu entwickeln, die gegen Sanktionen resistent sind und die Abhängigkeit vom US-Dollar minimieren.

Trotz der Anzeichen für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Russland und China sind einige Analysten der Ansicht, dass die Partnerschaft weniger integriert ist als bei Blöcken wie der NATO, deren Mitglieder eine Integration in Fragen des militärischen und geheimdienstlichen Austauschs anstreben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fcfdb480cc5d475712d7.jpg>

Dan-news.info: „**Der Kanal des Informationsministeriums der DVR in YouTube wurde blockiert**, wir haben das heute Morgen festgestellt. Ebenfalls blockiert ist der offizielle Kanal der Volksmiliz der DVR“, teilte der Informationsminister der DVR Igor Antipow mit. Erklärt wird dies dadurch, dass die „Nutzungsregeln für Google“ verletzt worden seien. Es wurde ein Link auf diese Regeln geschickt. „Sie sagen, dass sie uns nicht helfen können, aber wir haben auf ihre Hilfe auch nicht besonders gehofft“, sagte er. Die Mehrzahl der wichtigen Videos sind auch auf den Servern des Informationsministeriums abgelegt. Nach einiger Zeit wird der Inhalt auf der Plattform Rutube wiederhergestellt werden. Dieser Kanal besteht bereits, es gibt aber einige technische Schwierigkeiten.

snanews.de: **Macron reist nächste Woche nach Moskau und Kiew**

Vor dem Hintergrund der Spannungen um die Ukraine wird Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nächste Woche nach Moskau und Kiew reisen. Das meldet die Nachrichtenagentur AP unter Berufung auf den Élyséepalast am Freitag.

Am Montag werde Macron den russischen Präsidenten Wladimir Putin treffen, am Tag danach sei ein Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski geplant. Mit beiden Staatsechfs hat Macron zuvor mehrmals telefoniert.

Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) will nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur „in Kürze“ nach Moskau reisen. Geplant sei auch ein Treffen von Macron, Scholz und dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda in Berlin. Das genaue Datum steht aber noch nicht fest. Sowohl Deutschland als auch Frankreich vermitteln in dem Konflikt seit Jahren. Die jüngsten Gespräche von Russland und der Ukraine im sogenannten „Normandie-Format“ fanden vor einer Woche in Paris statt. Aus der Sicht des russischen Unterhändlers Dmitri Kosak trugen sie kaum zur Lösung des Konfliktes bei.

Seit Monaten wird in westlichen Medien über die angebliche Vorbereitung einer „Invasion“ Moskaus in die Ukraine spekuliert. Die Nato und einige anderen Länder kritisieren Truppenbewegungen Russlands auf seinem Hoheitsgebiet an der Grenze zur Ukraine und drohen Moskau daher mit schwerwiegenden Konsequenzen inklusive möglichen weiteren Sanktionen.

Russland weist alle Vorwürfe des Westens in Bezug auf die Ukraine als Provokation zurück

und betont, dass die Spannungen hingegen die USA und ihre Nato-Verbündeten schaffen, die ihre Präsenz in Osteuropa erhöhen, die Zahl der Manöver im Schwarzen Meer steigern sowie Waffen an die Ukraine liefern. Laut Moskau seien alle westlichen Vorwürfe nur Vorwand zur Aufstockung der Nato-Truppen vor den russischen Grenzen.

Moskau weist immer wieder darauf hin, dass die Ukraine die Minsker Vereinbarungen verletzt. Diese sehen einen Waffenstillstand vor. Kiew hat hingegen die Hälfte seiner Streitkräfte, etwa 125.000 Militärangehörige, an die Trennlinie im Donbass geschickt und beschießt regelmäßig die selbsterklärten Volksrepubliken, darunter mit verbotenen Waffen wie Anti-Panzer-Raketen Javelin und Angriffsdrohnen Bayraktar.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/08/0c/3196265_0:173:1920:1253_1920x0_80_0_0_223a64839da88711ee10b003f2499b13.jpg

nachmittags:

de.rt.com: **Reaktion auf RT DE-Sendeverbot: DW-Mitarbeitern Zugang zur Staatsduma verwehrt**

Mitarbeitern der Deutschen Welle ist ab sofort auf Anweisung des Staatsduma-Vorsitzenden der Zugang zum russischen Parlament verwehrt. Außerdem wird ihnen die Akkreditierung für alle Veranstaltungen der Staatsduma verweigert beziehungsweise entzogen.

Der Pressedienst der Staatsduma teilte am Donnerstag mit, dass Journalisten der Deutschen Welle ab sofort der Zutritt zum russischen Parlament untersagt ist:

"Auf Anweisung des Vorsitzenden der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, wurde als Reaktion auf das Verbot der Ausstrahlung des Fernsehsenders RT DE in der BRD beschlossen, Journalisten der Deutschen Welle den Zutritt zur Staatsduma zu untersagen. Außerdem wird ihnen die Akkreditierung für Veranstaltungen der Staatsduma verweigert." Wolodin kommentierte am Donnerstag auf Telegram, dass die Duma-Abgeordneten die vom russischen Außenministerium verkündeten Maßnahmen gegen die Deutsche Welle unterstützen und sogar die Ansicht vertreten würden, dass diese ruhig härter hätten ausfallen können:

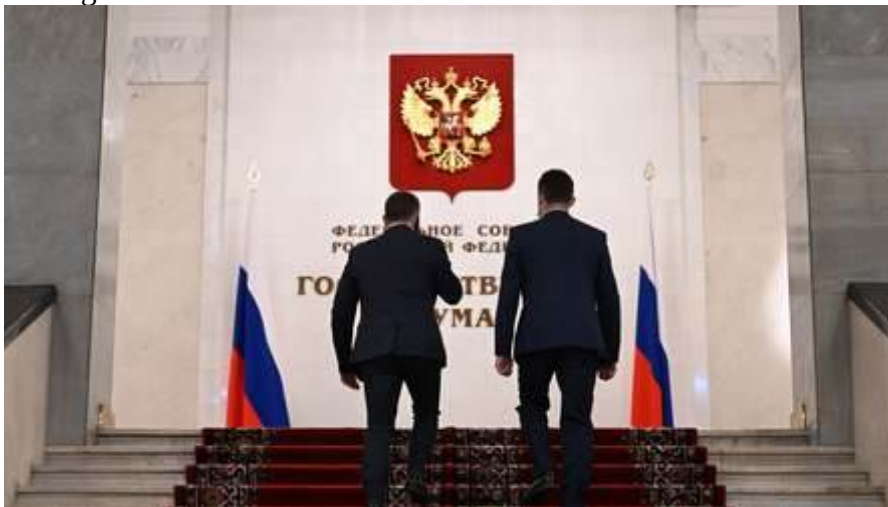
"Dies ist eine Reaktion auf das Verbot der Ausstrahlung von RT DE in Deutschland.

Seltsam mutet die Empörung der deutschen Regierung und Öffentlichkeit über das Verbot der Deutschen Welle in unserem Land an. Ist das nicht dasselbe, was Sie gegen RT DE tun? Sie selbst befolgen die Grundsätze nicht, die Sie verlautbaren. ...

Indem Sie die Redefreiheit und die Freiheit der Informationsverbreitung verletzen, führen Sie im Wesentlichen Zensur ein und wirken gegen grundlegende demokratische Werte. ... Es ist ein Schandfleck auf Ihrem Image.

Diejenigen, die versuchen, sich auf diese Weise gegenüber unserem Land zu verhalten,

müssen verstehen: Es ist an der Zeit, diesen Entscheidungen ein Ende zu setzen. Nur gegenseitiger Respekt und das Fehlen von Doppelstandards können Ihnen helfen, einen Dialog mit Russland zu führen. ... Und schließlich. Die von unserem Außenministerium ergriffenen Maßnahmen werden von den Abgeordneten voll unterstützt. Außerdem sind wir der Ansicht, dass sie noch härter hätten sein dürfen. Feindselige Handlungen gegen unser Land werden wir nicht unbemerkt lassen." Zuvor veröffentlichte Russlands Auswärtiges Amt die Liste der Maßnahmen, die als Vergeltung für das Sendeverbot von RT DE in Deutschland vom russischen Staat verhängt wurden. Sie betreffen vor allem den deutschen Auslandssender Deutsche Welle und sehen unter anderem die Schließung seines Büros in Moskau und einen sofortigen Sendestopp im Staatsgebiet der Russischen Föderation vor.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fcfc01b480cc5d475712d4.jpg>

snanews.de: **Putin bringt „gute Lösungen“ für Lieferung von Kohlenwasserstoffen mit nach China**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat seinen chinesischen Amtskollegen Xi Jinping während ihres Treffens in Peking darüber informiert, dass russische Unternehmen neue Lösungen für die Lieferung von Kohlenwasserstoffen für China sowie einen Gasvertrag über den Verkauf von zehn Milliarden Kubikmetern pro Jahr vorbereiten.

„Unsere Ölmänner haben sehr gute neue Lösungen für die Lieferung von Kohlenwasserstoffen in die Volksrepublik China vorbereitet. Und in der Gasindustrie wurde ein weiterer Schritt getan. Ich meine einen neuen Vertrag für die Lieferung von jährlich zehn Milliarden Kubikmetern Gas nach China aus dem russischen Fernen Osten“, sagte Putin. Wie der Kreml zuvor mitteilte, planten die beiden Staatschefs ein umfassendes Treffen – sie wollten internationale Fragen erörtern, darunter den Dialog Russlands mit den USA und der Nato, Ideen zu Sicherheitsgarantien sowie die bilaterale Zusammenarbeit, einschließlich im Energiebereich, bei Investitionen und im Weltraum.

Nach den Verhandlungen nimmt Putin an der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele teil. Russlands Staatskonzern Gazprom hat Ende 2019 zum ersten Mal in der Geschichte der chinesisch-russischen Beziehungen Gaslieferungen über eine Pipeline im Rahmen eines langfristigen Vertrags mit der chinesischen CNPC Gas über die neue Röhrenverbindung „Power of Siberia“ gestartet.

Laut dem Vertrag sollen die Liefermengen schrittweise erhöht werden und schließlich 38 Milliarden Kubikmetern pro Jahr betragen. Es wird aber auch eine Erhöhung auf 44 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr diskutiert.

Am Freitag beginnen in Peking die 24. Olympischen Winterspiele. Sie dauern bis zum 24. Februar. Die Athleten ringen um Medaillen in 15 Disziplinen von sieben Sportarten.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/0e/5014196_0:119:2623:1594_1920x0_80_0_0_b203d01160ac97425581dc5db9a9d01f.jpg

de.rt.com: Moskau weist Washingtons Behauptung über russisches False-Flag-Video zurück: erinnert an Irak-Lüge

Behauptungen der USA, Russland plane einen Vorfall unter falscher Flagge in der Ukraine, erinnere an die Lügen der USA im Jahr 2003 über Massenvernichtungswaffen im Irak, so die russische Botschaft in Washington. Derartige Anschuldigungen seien typisch für Washington. Russlands Botschaft in den USA hat am Freitag in einer auf Facebook veröffentlichten Erklärung die Behauptungen der US-Regierung über angebliche Pläne Russlands für eine Falschflaggen-Aktion in der Ukraine als "kreativ" und "typisch" bezeichnet.

Am Donnerstag behauptete das Pentagon erneut, die USA hätten Informationen erhalten, wonach Moskau einen "vorgetäuschten Angriff durch ukrainische Militär- oder Geheimdienstkräfte" gegen "russisches Hoheitsgebiet" oder "russischsprachige Menschen" als Vorwand für eine Invasion plane. Der Pressesprecher des US-Verteidigungsministeriums John Kirby erklärte:

"Wir glauben, dass Russland im Rahmen dieses vorgetäuschten Angriffs ein sehr anschauliches Propagandavideo produzieren würde, in dem Leichen und Schauspieler zu sehen wären, die Trauernde und Bilder von zerstörten Orten zeigen würden."

Russischen Diplomaten in Washington zufolge handelt es sich bei dieser Anschuldigung jedoch um eine glatte Lüge und eine Fälschung auf demselben Niveau wie die Behauptungen der USA vor dem Einmarsch in den Irak im Jahr 2003. In der Erklärung der Botschaft heißt es:

"Wir sind nicht überrascht von dem neuen 'kreativen' Szenario, das die Pressesprecher des US-Außenministeriums und des US-Verteidigungsministeriums am 3. Februar über die angebliche Vorbereitung einer Operation unter 'falscher Flagge' gegen die Ukraine durch Russland skizziert haben. ...

Dies ist typisch für die Vereinigten Staaten. Die internationale Gemeinschaft erinnert sich an die Fälschungen, die die USA für ihre militärischen Interventionen in der ganzen Welt verwendet haben, darunter das bekannte Fläschchen von Colin Powell."

Die diplomatische Vertretung bezog sich auf die inzwischen berühmt gewordene Rede des ehemaligen US-Außenministers Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat Anfang 2003, als er ein Reagenzglas mit weißem Pulver aus seiner Tasche holte, um die Welt davon zu überzeugen, dass der irakische Präsident Saddam Hussein im Besitz von biologischen Waffen war.

Zwei Jahre später, nachdem die Invasion gezeigt hatte, dass die Behauptungen falsch waren, bedauerte er seinen Auftritt und nannte ihn einen "Schandfleck" in seiner Akte.

Washingtons jüngste Anschuldigung folgt auf Behauptungen vom Januar, Russland habe eine "Gruppe von Agenten" entsandt, die in urbaner Kriegsführung ausgebildet seien. Diese sollten "Russlands eigene Stellvertreter" in der Ostukraine angreifen, um eine Invasion zu rechtfertigen. Moskau wies diese Behauptungen als "unbegründet" zurück.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fd11aeb480cc311f679f87.jpg>

mil-lnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko am 4. Februar 2022

Nach Angaben unserer Aufklärung betreibt die ukrainische Führung, angestachelt von westlichen Kuratoren, die **Vorbereitung zur Entfaltung einer Aggression im Donbass gegen die Volksrepubliken.**

In den bewaffneten Formationen der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ werden die Materialvorräte aufgefüllt und die militärische Ausbildung des Personals intensiviert. In der 24. mechanisierten Brigade wird Munition verladen und Waffen und Militärtechnik aufgetankt. Es sind Lieferungen von Munition aus den Arsenalen zu den Feldartillerielagern festzustellen. Im 1. und 3. Bataillon der Brigade sind Drohnenmannschaften aus einer Aufklärungskompanie eingetroffen, um Luftaufklärung zu betreiben und das Artilleriefeuer zu leiten.

In der 26. Artilleriebrigade werden mit Kampfmannschaften von mobilen Artilleriegeschützen auf einem Übungsplatz bei Kramatorsk Übungen zu Angriffshandlungen inklusive Schießübungen durchgeführt.

In der 79. Luftsturmbrigade wurde die Ausstattung mit Fahrern abgeschlossen, die Ausstattung von Bataillonen und Kompanien mit Personal geht weiter.

In der 57. Panzergrenadierbrigade werden auf dem Übungsplatz im Gebiet von Borowenki vom Sanitätsdienst der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ mit dem Personal Übungen zur Evakuierung und Leistung von erster Hilfe für Verletzte durchgeführt. Wir haben Ihre Aufmerksamkeit schon darauf gelenkt, dass der Gegner sich für den Angriff auf große Verluste unter dem Personal einstellt.

Über die geheimdienstliche Aufklärung der Volksmiliz wurde bekannt, dass in der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ in der nächsten Zeit eine Kommission des ukrainischen Generalstabs unter Leitung des obersten Kommandeurs General Salushnyj eintreffen wird. Zweck der Arbeit ist die Einschätzung der Gefechtsbereitschaft der Truppenteile der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ für Angriffsaktionen.

Außerdem wurde nach unseren Informationen ein großer Teil der zuvor von den USA und Großbritannien gelieferten Antipanzerraketenkomplexen „Javelin“, „TOW“ und „NLAW“ schon auf die Positionen in unmittelbarer Nähe der Kontaktlinie gebracht. Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte verlegt operativ Personal, das für den Einsatz dieser

Antipanzerraketenkomplexe ausländischer Herkunft ausgebildet ist, in die Zone der sogenannten Operationen der vereinigten Kräfte.

So ist die Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte auf den Angriff auf den Donbass in die Abschlussphase gekommen.

Die Aufklärung der Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik hat neue Informationen über eine spezielle Informationskampagne mit dem Codenamen „Crushing Sword“ durch ukrainische Spezialdienste erhalten. Wir haben zuvor bereits Informationen über deren Vorbereitung durch ukrainische Spezialdienste vorgelegt.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hat mit der Umsetzung der ersten Etappe der Kampagne begonnen. Im Internet sind bereits die ersten inszenierten Videomaterialien mit angeblichen Überläufern aus der Volksmiliz der LVR erschienen.

Unsere Aufklärung stellt die Anwesenheit von Vertretern von Medien aus Estland, den USA und Großbritannien in den rückwärtigen Gebieten der 95. Luftsturmbrigade fest. Der Kommandeur der 95. Luftsturmbrigade Wesser hat vom Kommander der Luftsturmtruppen Mirgorodskij persönlich Anweisungen erhalten, die Sicherheit und Arbeit der Filmteams zu gewährleisten, die der westlichen Gemeinschaft eine Aggression von Seiten Russlands und der Volksrepubliken demonstrieren sollen.

Zum Abschluss der heutigen Pressekonferenz will ich Ihre Aufmerksamkeit auf einen weiteren Sachverhalt lenken.

Wir haben mehrfach gesagt, dass wir weiterhin Fälle von Konzentration schwerer Waffen an der Kontaktlinie durch den Gegner feststellen, was von den Minsker Vereinbarungen verboten ist.

So wurden nach Angaben unserer Aufklärung im Gebiet von Putilino, weniger als 9km von der Kontaktlinie, zwei T-72-Panzer entdeckt. Diese Kriegsgeräte gehören vermutlich der 17. Panzerbrigade der ukrainischen Streitkräfte.

Uns wurde bekannt, dass diese ukrainischen Panzer von Beobachtern der OSZE-Mission bereits am 24. Januar erfasst wurden, aber nicht im täglichen Bericht der Mission veröffentlicht wurden.

Wir meinen, dass die Führung der OSZE-Mission eine interne Überprüfung zu diesem Sachverhalt durchführen muss. Wir schließen nicht aus, dass einige Mitarbeiter der Mission bewusst dienstliche Vergehen begehen, indem sie solche Informationen nicht in die Berichte aufnehmen.

Diese Handlungen spielen dem Kommando der ukrainischen Armee in die Hände und befördern nicht die Deeskalation der Lage im Donbass.

snanews.de: **Mögliche Russland-Sanktionen: Deutschland und USA als „Taktgeber“ dabei – Bericht**

Die USA und Deutschland könnten „Taktgeber“ bei der Erarbeitung einer Liste möglicher Sanktionen gegen Russland wegen der Situation um die Ukraine sein. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Reuters unter Verweis auf deutsche Regierungskreise.

Die transatlantische Zusammenarbeit sei sehr eng und vertrauensvoll, soll ein Regierungsvertreter am Freitag in Berlin gesagt haben. Bundeskanzler Olaf Scholz werde bei seinem Antrittsbesuch in Washington am Montag bei US-Präsident Joe Biden über den Russland-Ukraine-Konflikt, China und die derzeitige deutsche G7-Präsidentschaft sprechen. Der Kanzler werde zudem übernächste Woche nach Kiew und Moskau reisen.

Der französische Präsident Emmanuel Macron reist am kommenden Montag zu Gesprächen über die Ukraine-Krise nach Russland. Am Dienstag folge ein Besuch in der Ukraine, teilte das Präsidialamt in Paris mit. Dem Vertreter der Bundesregierung zufolge gibt es eine enge Abstimmung zwischen Deutschland und Frankreich. ...



https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/07/15/2926772_0:130:2489:1530_1920x0_80_0_0_0da3b6869a17effbde82b9e5baee6b85.jpg

de.rt.com: **Kulturstaatsministerin Roth: Sende- und Empfangsverbot für Deutsche Welle ist "aggressiver Akt"**

Kulturstaatsministerin Claudia Roth hat das Sende- und Empfangsverbot der Deutschen Welle in Russland scharf kritisiert. Das Verbot und die Schließung des Büros in Moskau seien "in keiner Weise hinnehmbar". Eine Gleichsetzung mit den Ereignissen rund um RT DE in Deutschland entbehre jeglicher Grundlage, so Roth.

In einem Interview mit dem ARD-Morgenmagazin echauffierte sich die Staatsministerin für Kultur und Medien Claudia Roth über die Entscheidung der russischen Regierung, die Ausstrahlung des Satelliten- und sonstigen Rundfunks der Deutschen Welle in Russland zu beenden. Dabei handele es sich um "drastische Maßnahmen" und einen "aggressiven Akt", was in seiner Gesamtheit "überhaupt nicht" akzeptabel sei. Was man derzeit benötige, sei "Deeskalation und nicht Eskalation".

Alle Angestellten der Deutschen Welle hätten "seit Jahren nach Recht und Gesetz" in Russland gearbeitet. Dies sei nun durch die Maßnahme der russischen Politik "entzogen". Roth berief sich damit auf die Ankündigung, dass die Mitarbeiter der Deutschen Welle ihre Akkreditierung verlieren und das Büro in Moskau geschlossen wird.

Die Kulturstaatsministerin bezeichnete das Sende- und Empfangsverbot als Ausdruck "einer großen Krise". Noch wenige Tage zuvor hätte sie ein Gespräch mit dem russischen Sonderberater in kulturellen Fragen, Michail Schwydkoi, geführt. In diesem sei der Frage nachgegangen worden, wie das deutsch-russische Verhältnis aktuell verbessert werden könnte. Sie sei wegen des Schrittes der russischen Regierung "wirklich traurig und ehrlich gesagt wütend". "Dieser Akt, der jetzt getätigt worden ist, ist wirklich dramatisch", sagte Roth im ARD-Morgenmagazin.

Das Verbot von RT DE in Deutschland sei nicht über "die Bundesregierung, nicht das Außenministerium, die Staatssekretärin für Kultur und Medien" vollzogen worden, sondern "bei uns, nach Recht und Gesetz" sei "dies unabhängig zu entscheiden von Medienanstalten". "... und die Medienanstalt Berlin Brandenburg hat entschieden, dass man ohne Lizenz nicht senden darf. Das gilt für jeden Sender. Für US-Sender würde das genauso gelten wie für einen russischen Sender, und RT Deutschland hat ja nicht einmal versucht, eine Lizenz zu bekommen."

Sie sei "so traurig", da in Deutschland "sehr genau darauf geachtet wird, dass es eine unabhängige Presse ist". Roth weiter:

"... eine unabhängige Berichterstattung und nicht Staatsberichterstattung. Dass nicht Staatssender senden, hat auch etwas mit unserer Geschichte zu tun, mit dem Nazi-Terror, der auch in der Sowjetunion unfassbar viele Opfer gefordert hat. Genau das weiß Russland, dass

wir Staatsferne brauchen und Lizenzen. Sie haben sich nicht daran gehalten. Deswegen ist der Vergleich mit der Deutschen Welle absolut hinkend."

Roth bezeichnete die Ereignisse rund um die Deutsche Welle "als Anschlag auf die Pressefreiheit" und wertete diese als Beleg dafür, dass die "freie Presse, die unabhängige Presseberichterstattung in Russland einfach nicht mehr gegeben ist". Auf den Hinweis der Moderatorin, dass die Darlegung der "Unabhängigkeit der Deutschen Welle" mit dem Wissen der Finanzierung durch die Bundesregierung für die "russische Seite" missverständlich wirken könnte, ging die Staatsministerin für Kultur und Medien nicht ein. Sie betonte nachdrücklich, dass RT DE "ja eine Lizenz beantragen" und gerichtlich "gegen diese Entscheidung vorgehen" könnte. "Staatsfunkpropaganda" könne es aber nicht geben.

RT DE Productions hatte die vergangenen Tage und auch Wochen immer wieder medial wissen lassen, dass das Live-Programm trotz aller gegenteiliger Behauptungen mit Beginn der Übertragung am 16. Dezember 2021 in Übereinstimmung mit europäischem Recht ausgestrahlt wird. RT DE hatte am 6. Dezember 2021 eine Sendelizenz in Serbien erhalten, die bis 2029 gültig ist. Diese Lizenz wurde rechtmäßig im Einklang mit der Gesetzgebung und den Bestimmungen des europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen beantragt und genehmigt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fd0b78b480cc311f679f6a.jpg>

de.rt.com: **Spannungen zwischen Russland und dem Westen: Scholz reist nach Washington, Kiew und Moskau**

Wegen seiner Zurückhaltung in der Ukraine-Krise ist Kanzler Scholz in den vergangenen Wochen international in die Kritik geraten. Nun stehen Besuche in Washington, Kiew und Moskau auf seiner Agenda. Auch Außenministerin Baerbock reist erneut in die Ukraine und will sich ein Bild von der "Front" machen.

Erst nach Washington, dann nach Kiew und Moskau: Mit einer Reihe von Auslandsreisen und mehreren Treffen in Berlin will Bundeskanzler Olaf Scholz in den nächsten zwei Wochen seine Bemühungen um eine diplomatische Lösung der Ukraine-Krise verstärken. Wie der stellvertretende Regierungssprecher Wolfgang Büchner am Freitag mitteilte, wird der Kanzler am 14. Februar Kiew besuchen, bevor er einen Tag später den russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau trifft.

Bereits an diesem Sonntag bricht Scholz nach Washington auf und wird dann am Montag von US-Präsident Joe Biden im Weißen Haus empfangen. Schon dort werden die Spannungen mit Russland im Mittelpunkt stehen. Es sei zwar einerseits ein "klassischer Antrittsbesuch", hieß es aus Regierungskreisen, aber auch "ein Besuch in besonderen Zeiten, in Krisenzeiten". Scholz war in den vergangenen Tagen wegen seiner Zurückhaltung in der Ukraine-Krise international in die Kritik geraten. Erst nach langem Zögern legte er die umstrittene Gas-

Pipeline Nord Stream 2 als mögliches Sanktionsinstrument auf den Tisch – das aber verdeckt, ohne sie beim Namen zu nennen. Gleichzeitig erteilte er Waffenlieferungen an die Ukraine eine klare Absage, was ihm nun von der Ukraine und östlichen NATO-Bündnispartnern übel genommen wird. Auch in den USA werden Zweifel an der Verlässlichkeit Deutschlands laut. In deutschen Regierungskreisen heißt es nun, dass das geheime Sanktionspaket für den Fall eines russischen Einmarschs in die Ukraine federführend von Deutschland und den USA vorbereitet worden sei:

"In diesem Prozess war die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und der amerikanischen Administration Taktgeber – auch für die Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa insgesamt."

In den vergangenen Tagen war der Eindruck entstanden, dass der französische Präsident Emmanuel Macron in der Ukraine-Krise auf EU-Seite die Federführung übernommen hat. Er telefonierte in den letzten Tagen drei Mal mit Präsident Putin und besucht ihn bereits am Montag in Moskau. Am Tag danach steht ein Treffen mit dem ukrainischen Staatschef Wladimir Selenskij auf dem Programm.

Geplant ist, dass Macron und der polnische Präsident Andrzej Duda anschließend nach Berlin kommen. Für Donnerstag haben sich die Staats- und Regierungschefs der baltischen Staaten in Berlin angekündigt.

Auch Außenministerin Annalena Baerbock reist nächste Woche erneut in die Ukraine. Nach Angaben einer Sprecherin des Auswärtigen Amtes trifft sie am Montag in Kiew Staatschef Selenskij sowie Außenminister Dmitri Kuleba. Am Dienstag wird sie die Kontaktlinie im Donbass besuchen. Dort werde sie sich laut Darstellung einer Sprecherin des Auswärtigen Amtes "ein Bild der militärischen und humanitären Lage machen". Die Frage von RT DE, ob sich die Außenministerin für ein umfassendes Verständnis der Situation auf beiden Seiten der Kontaktlinie informieren wird verneinte das Auswärtige Amt.



<https://cdn.rtd.com/deutsch/images/2022.02/article/61fd2752b480cc30cd5bae5b.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 4.2.22**

In den letzten 24 Stunden ist die **Lage an der Kontaktlinie angespannt** geblieben und hat eine Tendenz zur Verschärfung.

In der letzten Woche wurden **19 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt.

Der Gegner hat Ortschaften der Republik unter Einsatz von 120mm- und 82mm-Mörsern, verschiedenen Arten von Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich die Gebiete von **neun Ortschaften**:

Wesjoloje, Jelenowka, Alexandrowka, Jasnoje, Kominternowo, Sosnowskoje, Oktjabrj, die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks und das Gelände des Volvo-Zentrums in Donezk. Infolge der Kiewer Aggression leidet weiter die Zivilbevölkerung. So hat ein Scharfschütze der 54. mechanisierten Brigade **einen Einwohner von Alexandrowka, geb. 1967, verletzt**, infolge von Beschuss mit 60mm-Mörsergeschossen auf Jelenowka wurden eine Antriebsunterstation und ein Transformator beschädigt.

Nach Angaben von Beobachter der OSZE-Mission haben Kämpfer des 3. Luftlandesbataillons der 25. Brigade **zweimal das Gelände der Donezker Filterstation während der Ankunft von Mitarbeitern beschossen**. Nur durch glücklichen Zufall wurde keiner von ihnen verletzt. In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Pawlopol eine **Drohne mit angehängter selbstgebaute Sprengvorrichtung eingesetzt**, infolge der Detonation **starb ein Verteidiger der Republik**.

Diese Sachverhalte erlauben es, mit vollständiger Überzeugung zu behaupten, dass der Gegner vorsätzliche Provokationen betreibt und die Absicht hat, die ohnehin schwierige Situation zu verschärfen.

Das Fehlen einer Reaktion von Seiten der internationalen Organisationen macht den ukrainischen Kämpfer die Hände frei und bringt sie zu neuen Verbrechen. Wir rufen die Vertreter der OSZE-Mission auf, die weiteren Verbrechen der Kiewer Kämpfer gegen die friedliche Bevölkerung zu erfassen und von der ukrainischen Seite eine genaue Ermittlung zu diesem Sachverhalt mit Feststellung der schuldigen Funktionsträger entsprechend dem vierten Punkt des Komplexes von Zusatzmaßnahmen durchzuführen, um sie wegen der Verletzung von Normen des internationalen humanitären Rechts strafrechtlich zur Verantwortung ziehen. Ich erinnere daran, dass die ukrainische Seite nach wie vor keine Materialien von Ermittlungen vorgelegt hat und auch Kämpfer und den Kommandeur der 54. Brigade Majstrenko nicht zu den Fällen von Verletzung von zwei Einwohnern der Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks in Donezk am 22. und 30. November letzten Jahres strafrechtlich zur Verantwortung gezogen hat.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer **16 Stück Waffen und Militärtechnik in 6 Ortschaften stationiert**.

Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

ein Schützenpanzerwagen auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Nowobachmutowka.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

ein Abwehrgeschütz SU-23 auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Tschermalyk;

drei T-72-Panzer in der Nähe von Wohnhäusern in Andrejewka;

ein Abwehrraketekomplex „Strela-10“, fünf Schützenpanzer, ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug, ein Schützenpanzerwagen und ein Panzertransporter auf dem Gebiet privater Häuser in Nowotroizkoje.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:

ein Panzertransporter in der Nähe von Wohnhäusern in Mariupol;

ein gepanzertes Aufklärungs- und Spähfahrzeug in der Nähe eines privaten Hauses in Pawlopol:

Außerdem haben die ukrainische Streitkräfte ungeachtet des Verbots zum Einsatz jeglicher Fluggeräte in der Vereinbarung über Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung **Drohnen zur Aufklärung an allen Abschnitten der Kontaktlinie**, ohne diese zu überschreiten, eingesetzt. Beobachtern der OSZE ist es gelungen, einen Einsatz einer Drohne der 36. Brigade im Gebiet von Lomakino zu erfassen.

Diese Sachverhalte werden von den täglichen Berichten der OSZE-Mission bestätigt.

Um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 30., 36., 53. und 95. Brigade zu verhindern, hat der Gegner aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt.

In der letzten Woche wurden 16 Fälle der **Blockade von Leitungs- und Navigationskanälen**

von Drohnen der OSZE-Beobachter entlang der Kontaktlinie in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt: Stopotschki, Tschassow Jar, Pawlopol, Nowotroizkoje, Semigorje, Berdjanskoje, Wodjanoje, Lomakino.

Kämpfer der 36. Brigade haben eine Drohne der OSZE-Mission km westlich von Pawlopol während eines Beobachtungsflugs beschossen.

Es ist wichtig anzumerken, dass der Beschuss zielgerichtet erfolge, weil die ukrainischen Kämpfer über Zeit und Ort des Starts rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden waren.

Darüber hinaus haben Kämpfer der 95. Brigade nicht on Tschassow Jar gedroht, eine Drohne der OSZE-Mission abzuschießen, wodurch die Beobachter gezwungen wurden, den Flug in diesem Gebiet abubrechen.

Das Ignorieren seiner Verpflichtungen durch das offizielle Kiew erlaubt es den Beobachtern der OSZE-Mission also nicht, in vollem Umfang ihr Mandat zu erfüllen und die von den ukrainischen Kämpfern stationierten verbotenen Waffen und Verletzungen des Regimes der Feueinstellung zu erfassen.

Wir erhalten weiter **Informationen über nicht kampfbedingte Verluste der bewffneten Formationen der Ukraine**. In der letzten Woche erlitten fünf ukrainische Kämpfer unterschiedliche Verletzungen, einer von ihnen starb.

Am 29. Januar erlitt eine Kämpfer der 25. Brigade eine Detonationsverletzungen aufgrund der Explosion einer selbstgebauten Sprengeneinrichtung, während diese an einer Drohne angebracht wurde.

Am 30. Januar wurde ein Kämpfer der 53. Brigade in bewusstlosem Zustand mit Anzeigen einer starken Alkoholvergiftung in ein Krankenhaus eingeliefert.

Am 31. Januar erlitt ein Richtschütze einer Haubitzenabteilung der 26. Artilleriebrigade bei Schießübungen eine Verletzung infolge einer groben Verletzung von Sicherheitsbestimmungen.

Am 1. Februar wurde ein Kämpfer der 56. Brigade tot im zeitweiligen Stationierungspunkt in Newelskoje entdeckt, nach vorläufigen Angaben trat der Tod infolge einer Überdosis von Drogen ein.

Am 3. Februar erlitt ein Matrose des 501. Bataillons der 36. Brigade bei der Fahrt auf den Positionen im Gebiet von Schirokino eine Verletzung bei der Detonation einer Sprengeneinrichtung.

Nach uns vorliegenden Informationen wurde die **Coronavirusinfektion neuen Typs bei mehr als 800 ukrainischen Kämpfer diagnostiziert**. In den Militärhospitälern befinden etwa 300 Personen, in den Isolierstationen am Dienstort 500 weitere Kämpfer, außerdem gibt es Personen, die in zivilen Einrichtungen unter Quarantäne sind. Die von uns vorgelegten Zahlen sind nur die offiziellen Angaben des Kommandos der Sanitätskräfte der ukrainischen Streitkräfte zum Stand am 3. Februar.

Nach unseren Informationen sind die realen Zahlen Erkrankter erheblich höher als die offizielle Statistik, die der Öffentlichkeit vorgelegt wird. So ist im Verantwortungsbereich der 53. Brigade nach einem Besuch von ukrainischen Freiwilligen ein starker Ausbruch von ernstesten Atemwegserkrankungen festzustellen. Bei der Hotline des Verteidigungsministeriums der Ukraine haben begonnen Anrufe von verzweifelte ukrainischen Kämpfer einzugehen, denen eine Behandlung durch medizinische Mitarbeiter aufgrund eines banalen Fehlens von fiebersenkenden und antiviralen Medikamenten verweigert wird.

Das Brigadekommando verheimlicht die betrübliche Erkrankungsstatistik des Personals, weil es disziplinarische Verweise vom übergeordneten Stab fürchtet.

Wir bemerken eine **Zunahme der Unzufriedenheit der Einwohner, die auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium leben**, mit den Aktivitäten der ukrainischen Kämpfer, die sich unter dem Vorwand der Ausführung von Aufgaben in der OOS-Zone erlauben, nicht nur administrative Gesetzverletzungen sondern auch Straftaten zu begehen. Nach Mitteilungen der Bevölkerung erbringen jegliche Anfragen bei der militärisch-zivilen

Verwaltung der Donezker Oblast keinerlei Ergebnisse, die Mitarbeiter der Nationalpolizei ignorieren sie überhaupt. Kämpfer der bewaffneten Formationen der Ukraine werden häufig der Plünderung überführt. So haben Kämpfer der 53. Brigade mit Hilfe von Lastwagen und Spezialtechnik ein landwirtschaftliches Gebäude in Beresowoje zum Erhalt von Baumaterialien auseinander genommen.

snanews.de: **Orban gibt Zeitpunkt für Produktionsstart von Sputnik V in Ungarn bekannt**

Die Produktion von Sputnik V bei einer Impfstofffabrik in der ungarischen Stadt Debrecen könnte laut dem Ministerpräsidenten des Landes, Viktor Orban, bis Ende 2022 anlaufen.

„Wie Herr Minister (für Innovation und Technologie Laszlo – Anm.d.Red.) Palkovics sagte, kann die Entscheidung der Regierung umgesetzt werden, und bis Ende des Jahres werden die ersten Module unserer Impfstofffabrik in Debrecen ihre Arbeit aufnehmen“, sagte Orban am Freitag in einem Interview mit dem Sender Kossuth Radio.

Ihm zufolge hat die Erfahrung der Pandemie gezeigt, dass Ungarn eigene Anlagen brauche – für die Herstellung der Impfstoffe, die man im Land verwenden würde.

„Wir sehen, dass die Impfstoffe Sputnik V und Sputnik Light in der Welt sehr gefragt sein werden ... Wir werden in der Lage sein, Sputnik zusammen mit den Russen herzustellen und einen Teil des Impfstoffs im Ausland verkaufen zu können“, betonte Orban.

Verhandlungen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und Orban fanden diese Woche in Moskau statt. Das Treffen habe in einer traditionell konstruktiven und sachlichen Atmosphäre stattgefunden, sagte der russische Staatschef nach den Gesprächen. Ihm zufolge gibt es Pläne, die Produktion des Impfstoffs Sputnik V auf ungarischem Territorium zu lokalisieren.

Sputnik V war am 11. August 2020 als erstes Corona-Vakzin der Welt offiziell registriert worden. Der Impfstoff ist zurzeit in 71 Ländern mit einer Gesamtbevölkerungszahl von rund vier Milliarden beziehungsweise für mehr als die Hälfte der Erdbewohner freigegeben. Der Zahl der staatlichen Zulassungen nach liegt Sputnik V an zweiter Stelle in der Welt.

Mitte Dezember 2021 hatte die WHO erklärt, dass der Impfstoff wahrscheinlich im ersten Quartal 2022 anerkannt werde. Der Europadirektor der WHO, Hans Kluge, hatte betont, dass der Gesundheitssektor außerhalb der Politik liegen sollte und die Herkunft des Medikaments keine Rolle spielen würde.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/15/4405638_0:117:2503:1525_1920x0_80_0_0_eaeb19fc391933487aa280f2d77018b8.jpg

snanews.de: **YouTube blockiert im großen Stil Accounts selbsterklärter Volksrepubliken im Donbass**

Die Administration von YouTube hat Kanäle der selbsterklärten Volksrepubliken Lugansk und Donezk auf der Videoplattform blockiert. Betroffen sind Kanäle der Volksmiliz der beiden Volksrepubliken, des Informationszentrums von Lugansk und des Informationsministeriums von Donezk.

Wie die Lugansker Volksmiliz am Freitag mitteilte, hat auch Facebook ihren offiziellen Account blockiert.

„Vor dem Hintergrund einer Welle unzähliger Berichte über eine angebliche Aggression Russlands gegen die Ukraine, die von der Ukraine, den USA, Großbritannien und ihren Satelliten unterstützt wird, haben Kiew und westliche Geheimdienste heute um Mitternacht eine grobe und zynische Provokation gegen die Medien von Donbass durchgeführt“, hieß es in einer Erklärung der Journalisten der staatlichen Fernseh- und Rundfunkgesellschaft von Lugansk, die auf der offiziellen Webseite zu finden ist.

Außerdem seien laut der Erklärung ukrainische regierungskritische YouTube-Kanäle von Zik, UkrLive und Newsone blockiert worden. Wie der Chefredakteur des Lugansker Informationszentrums, Sergej Meschkowoj, mitteilte, hat YouTube den Kanal des Zentrums gelöscht.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/09/10/3600733_0:100:1921:1180_1920x0_80_0_0_c94937a094596632335710417612b614.jpg

snanews.de: **Lugansker Volksrepublik: Westliche Medien wollen im Donbass inszenierte Berichte drehen**

Vertreter britischer, US-amerikanischer und estnischer Medien bereiten im Donbass inszenierte Berichte vor, die angeblich eine Aggression seitens Russlands, der Donezker (DVR) und der Lugansker (LVR) Volksrepubliken darstellen sollen. Dies erklärte Iwan Filiponenko, Sprecher der LVR-Volksmiliz, am Freitag unter Verweis auf Geheimdienstberichte.

„Unser Nachrichtendienst hat die Anwesenheit von Medienvertretern aus Estland, den USA und Großbritannien in den hinteren Bereichen der 95. abkommandierten Luftlandebrigade (der ukrainischen Streitkräfte – Anm. d. Red.) festgestellt“, wird der Vertreter der LNR-Volksmiliz in den russischen Medien zitiert.

„Der Kommandeur der (Brigade – Anm. d. Red.) (...) erhielt vom Kommandeur (...) eine persönliche Anweisung, für die Sicherheit und die Arbeit der Kamerateams zu sorgen, die der westlichen Gemeinschaft die ‚Aggression‘ Russlands und der Volksrepubliken vorführen sollen“, fügte Filiponenko hinzu.

Auch in der DVR wurde darauf hingewiesen, dass westliche und ukrainische Medien auch früher gefälschte Berichte über die Lage in der Konfliktzone verfasst hätten.

„Da es keine Anzeichen für eine Aggression seitens der Republik gibt, geschweige denn für die Verwicklung Russlands in den Konflikt, sieht sich der Westen gezwungen, inszeniertes

Material zu drehen, um ein falsches Bild des Konflikts im Donbass zu zeichnen“, sagte Eduard Basurin, Sprecher der DVR-Volksmiliz.

Seit Monaten wird in westlichen Medien über die angebliche Vorbereitung einer „Invasion“ Moskaus in die Ukraine spekuliert. Die Nato und einige anderen Länder kritisieren Truppenbewegungen Russlands auf seinem Hoheitsgebiet an der Grenze zur Ukraine und drohen Moskau daher mit schwerwiegenden Konsequenzen inklusive möglichen weiteren Sanktionen.

Russland weist alle Vorwürfe des Westens in Bezug auf die Ukraine als Provokation zurück und betont, dass diese als Vorwand zur Aufstockung der Nato-Truppen vor den russischen Grenzen benutzt würden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/04/5245848_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_4bb12ee6004625f2aabec0c97c017f51.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Außerplanmäßige Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR E. Basurin**

Die Tätigkeit des Pressedienstes der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik wie auch unserer Kollegen in Lugansk war immer auf eine objektive und offene Information der Weltgemeinschaft über die Ereignisse sowohl in den unabhängigen Republiken als auch im Donbass im ganzen gerichtet.

In den letzten Jahren sind wir mit Ihrer unmittelbaren Unterstützung nicht nur einfach zu einem offiziellen Informationsorgan der Volksmiliz geworden, sondern auch zu einer Informationswaffe, die es erlaubte mehrfach die Verlogenheit des Kiewer Regimes und die aggressiven Pläne des Gegners gegen die unabhängigen Republiken aufzudecken.

Dabei wurden heute, am 4. Februar, vom Videoportal YouTube folgende offiziellen Informationsressourcen blockiert: der Volksmiliz der DVR und der LVR, des Informationsministeriums der DVR sowie des Lugansker Informationszentrums, des staatlichen Fernsehsenders „GTRK“ und des Internet-Kanals „Jugo-Wostok“.

Die Blockade der Informationsressourcen der Donezker und der Lugansker Volksrepublik ist eine Verletzung grundlegender Normen und Prinzipien der Organisation der Vereinten Nationen bezüglich des Rechts auf Informationsfreiheit.

Diese Internetressourcen hatten eine große Popularität nicht nur unter den Bürgern der unabhängigen Republiken, sondern auch unter ukrainischen und ausländischen Nutzern. Die Materialien, die operativ auf ihnen veröffentlicht wurden, zeichneten sich immer durch Zuverlässigkeit und Objektivität aus und wurden ständig von praktisch allen weltweiten Informationsagenturen genutzt.

Unser Kanal, wie auch die anderen abgeschalteten Ressourcen, hatte ein erhebliches Auditorium – mehr als zwei Millionen Nutzer. Dabei kam mehr als die Hälfte des gesamten

Verkehrs von ukrainischem Territorium, weil die Bürger der Ukraine in erster Linie am Erhalt wahrheitsgemäßer und zuverlässiger Information über Ereignisse im Donbass interessiert sind.

Wir meinen, dass der Angriff auf unsere Internet-Ressourcen ein Teil der Informationskampagne „Crushing Sword“ ist, die von ukrainischen und westlichen Spezialdiensten gegen die DVR und die LVR entfacht wurde. Ziel ist eine Informationsblockade der unabhängigen Republiken und die Entziehung der Möglichkeit, operativ der Weltöffentlichkeit Informationen über die Vorbereitung des Kiewer Regimes auf eine Aggression im Donbass vermitteln zu können.

Außerdem demonstriert dieser Angriff ein weiteres Mal die Verlogenheit der ukrainischen Führung und ihrer westlichen Sponsoren, die versuchen, die Weltgemeinschaft vom angeblichen Fehlen von Aggressionsplänen Kiews im Donbass zu überzeugen und die Vorbereitung auf eine Angriffsoperationen zu verheimlichen.

Der Pressedienst der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik wird seine Tätigkeit zur Aufdeckung aggressiver Pläne des Kiewer Regimes fortsetzen. Als Antwort auf die ukrainische und westlichen Informationsaggression werden wir unsere Möglichkeiten zur Informationsverbreitung ausweiten.

de.rt.com: **Russisches Außenministerium: USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien erklären RT den Krieg**

Die USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben dem russischen Fernsehsender "RT" den Krieg erklärt. So wertete die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, die Ereignisse der letzten Wochen und Tage rund um "RT".

Die Maßnahmen, welche seitens der Regierungen der "großen Vier der NATO" ergriffen wurden, um den Betrieb von RT zu unterbinden, kommen einer Kriegserklärung an den Sender gleich. Dies erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, angesichts der restriktiven Maßnahmen der letzten Tage, die die Arbeit von RT in Frankreich und Deutschland behindern. Bei einem Pressebriefing ließ sie verlauten:

"Wir können nicht anders, ich betone: können nicht anders als all dies im Zusammenhang zu betrachten. Es ist schwierig, die Attacken auf das französische RT-Büro von dem zu trennen, was mit den Kollegen in Deutschland geschieht – und freilich auch von diesen doch recht eindeutigen Erklärungen des britischen Außenministeriums, oder von den angeblichen Berichten, die vor etwas mehr als einer Woche auf der Webseite des US-Außenministeriums erschienen. Vier Staaten – die USA, Deutschland, Frankreich und, nun ja, Großbritannien als Begleitsänger – haben dem russischen Fernsehsender RT in den letzten Tagen einen regelrechten Krieg erklärt."

Dass es sich bei den auffällig zeitgleichen Angriffen gegen RT um eine orchestrierte Aktion handeln müsse, erläuterte die Diplomatin an dem Beispiel Frankreichs. Dem französischen Zweig von RT werde die Art der Berichterstattung zur Last gelegt – und zwar ausgerechnet zum Thema der Gelbwestenproteste in Frankreich, die etwa zeitgleich mit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie Stück um Stück ausklangen. Sacharowa konnte sich ein Sticheln gegen die doch äußerst gemächlich und hektikfrei anmutende Reaktionsschnelle der französischen Behörden nicht verkneifen:

"Ich weiß, dass die Coronavirus-Pandemie Frankreich schwer getroffen hat, sodass viele Prozesse dort zum Stillstand gekommen sind – aber doch nicht so schwer."

Mit den behördlichen Aktionen der anderen erwähnten Staaten deckten sich die Vorwürfe hingegen ohne Weiteres:

"Wann fanden diese Proteste statt? In welchem Jahr? Wann wurden diese Reportagen veröffentlicht? Warum erinnert man sich erst jetzt daran? Und warum so synchron mit [dem Beginn] der Schikanen, die gegen RT in Deutschland entfesselt wurden? Und warum fiel das alles zusammen mit der Erklärung des britischen Außenministeriums zu möglichen

Sanktionen gegen russische Medien?"

Die russische Außenamtssprecherin bezeichnete die Untersuchung der französischen Medienaufsichtsbehörde Arcom gegen RT France als Missverständnis und äußerte die Hoffnung, dass sich die Sache bald klären werde.

All das wecke in jedem Fall den Anschein, als wolle man gerade jetzt die Berichterstattung in den zwei größten Volkswirtschaften der EU mit der Linie der USA und des Vereinigten Königreichs gleichschalten:

"Wozu wird das gemacht? Um im Informationsraum die eigenen – vornehmlich angelsächsischen – Thesen zu fördern, die berüchtigten Methodenzettel; und um keine Gelegenheit zum Verbreiten von Gegenargumenten, von Standpunkten anderer Parteien, zu geben."

Gerade das, was das offizielle Berlin in Bezug auf RT veranstalte, liege Sacharowas Standpunkt zufolge "einfach jenseits jeglichen Verständnisses dessen, was Meinungsfreiheit ist." Sie bemängelte zudem das Schweigen, mit dem die meisten einschlägigen Institute und internationalen Organisationen eine derartige Verfolgung russischer Medienbetriebe quittierten.

Zuvor hatte das russische Außenministerium die erste Phase von Vergeltungsmaßnahmen gegen deutsche Medien, wegen der Lage um das Sendeverbot für RT DE, angekündigt. Insbesondere werde das Büro der Deutschen Welle in Russland geschlossen. Die Akkreditierungen aller Mitarbeiter des russischen Büros dieses Medienunternehmens würden widerrufen. Und die Ausstrahlung im russischen Staatsgebiet über Satellit und anderweitig werde eingestellt.

Aus einem Dokument, das RT DE Productions in Berlin am 2. Februar erhalten hat, geht die Annahme der deutschen Behörden hervor, das Unternehmen selbst sei im Alleingang für die Ausstrahlung verantwortlich. Dies würde bedeuten, dass der Sendebetrieb seitens RT DE lizenzpflichtig sei, und keine andere europäische Behörde außer der deutschen Medienaufsichtsbehörde MABB könne den Sender lizenzieren. Die Regulierungsbehörde habe daher beschlossen, die Ausstrahlung von RT auf Deutsch über den Eutelsat-Satelliten, Smart TV, die RT-Website und -App sowie über die Odyssee-Plattform zu verbieten. Indes wird der Großteil der gesendeten Inhalte in Moskau erstellt und produziert, alle redaktionellen Entscheidungen in Moskau getroffen, und der gesamte Sendebetrieb läuft aus bzw. über Moskau.

Damit reicht die von RT am 6. Dezember 2021 von Serbien erhaltene Sendelizenz vollkommen dafür aus, sein Programm völkerrechtskonform über ganz Europa und eben auch nach Deutschland auszustrahlen – ohne dass dafür weitere gesonderte Lizenzen notwendig wären. Denn schließlich ist Serbien, ebenso wie die BRD, ein Unterzeichner des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen (ECTT). Dieser Punkt bildet die Grundlage der Klage von RT De Productions gegen die Entscheidung der MABB.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fd257db480cc30d66b1870.jpg>

snews.de: **Für internationale Sicherheit und gegen Nato-Ausdehnung: Putin und Xi geben Erklärung ab**

Der russische Präsident Wladimir Putin ist am Freitag in Peking eingetroffen, um mit dem Vorsitzenden der VR China, Xi Jinping, zusammenzutreffen und der Eröffnungszeremonie für die Olympiawinterspiele 2022 beizuwohnen.

Sie unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung über die internationalen Beziehungen, die eine neue Epoche durchleben, und über eine globale stetige Entwicklung, wurde beim Kreml mitgeteilt.

„Die Seiten sind sich in der Auffassung einig, dass die Demokratie ein allgemeinemenschlicher Wert und nicht ein Privileg für einzelne Staaten ist, ihre Förderung und ihr Schutz sind eine gemeinsame Aufgabe der gesamten Weltgemeinschaft“, heißt es in der Erklärung.

Schlüsselpunkte des Dokumentes lauten:

Moskau und Peking beabsichtigen, Einmischungen von außen in die inneren Angelegenheiten souveräner Länder entgegenzuwirken, und treten gegen die Untergrabung der globalen Sicherheit und gegen „Farbrevolutionen“ auf;

sind darauf eingestellt, die SOZ (Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit) zu festigen und ihre Rolle bei der Herausbildung der polyzentrischen Weltordnung auf der Grundlage der Prinzipien der stabilen Sicherheit zu steigern;

rufen die Nuklearstaaten auf, Schritte zur Minderung von Atomkriegsrisiken zu unternehmen;

wollen die Arbeit zur Verkettung der Pläne für die Entwicklung der Eurasischen Wirtschaftsunion und der Initiative „Ein Gürtel, eine Straße“ zum Ausbau der praktischen Zusammenarbeit zwischen der EAWU und China intensivieren;

planen, die praktische Kooperation im Bereich der stetigen Entwicklung der Arktis auszubauen;

beabsichtigen, für die Festigung der Rolle der ASEAN (Verband Südasiatischer Nationen) als Schlüsselement der regionalen Architektur zu arbeiten;

treten für gleiche Rechte bei der Internetverwaltung ein und betrachten Versuche, das Recht auf die Regelung nationaler Segmente einzuschränken, als unannehmbar;

wollen die Unerschütterlichkeit der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und die etablierte Nachkriegsordnung entschlossen verteidigen, die Autorität der Uno und die Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen schützen und den Versuchen widerstehen, die Geschichte zu verneinen, zu verzerren und zu fälschen.

Ein Abschnitt der Erklärung ist der internationalen Situation gewidmet. Darin wird betont, dass kein Land seine Sicherheit getrennt von der Sicherheit der ganzen Welt und auf Kosten der Sicherheit anderer gewährleisten könne und dürfe.

„Einzelne Staaten, militärpolitische Bündnisse oder Koalitionen streben das Ziel an, direkt

oder indirekt einseitige militärische Vorteile zum Schaden der Sicherheit anderer, darunter auch durch unfaire Konkurrenz, zu erzielen, sie verstärken die geopolitische Rivalität, schüren Antagonismus und Konfrontation sowie untergraben ernsthaft die Ordnung im Bereich der internationalen Sicherheit und die globale strategische Stabilität“, heißt es.

Angesichts dessen:

treten die Seiten gegen eine weitere Ausdehnung der Nato auf;

rufen die Nordatlantische Allianz auf, auf die ideologisierte Herangehensweise aus den Zeiten des Kalten Krieges zu verzichten,

treten gegen die Bildung geschlossener Blockstrukturen und sich bekämpfender Lager in der Asiatisch-Pazifischen Region auf.

„Russland und China unternehmen Anstrengungen im Interesse des Aufbaus eines gleichberechtigten, offenen, inklusiven und nicht gegen dritte Länder gerichteten Sicherheitssystems in der Asiatisch-Pazifischen Region, das Frieden, Stabilität und Gedeihen sicherstellt“, wird hervorgehoben.

China unterstützt die von Russland unterbreiteten Vorschläge zur Formierung langfristiger und rechtlich verbindlicher Garantien für die Sicherheit in Europa, heißt es in der Erklärung.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/04/5244977_0:150:3111:1900_1920x0_80_0_0_05fc5a63cdb683da5d4e1dd9b7279084.jpg

de.rt.com: **UN-Berichterstatter über Folter hört frühzeitig auf**

Der UN-Berichterstatter über Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung, Nils Melzer, legt sein Mandat vorzeitig nieder. Er werde im Juli eine Direktor-Stelle beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) antreten, erklärte der Schweizer.

Der UN-Berichterstatter für Folter, Nils Melzer, hört auf. Melzer war unter anderem mit Kritik an der Berliner Polizei und der britischen Justiz im Fall von Julian Assange bekannt geworden. Er tritt im Juli eine Direktor-Stelle beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) an, wie die Organisation am Donnerstag mitteilte. Er lege das Mandat Ende März nieder, sagte Melzer gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Seine Amtszeit wäre bis Oktober gelaufen.

Beide Funktionen seien nicht kompatibel, sagte Melzer. Während der UN-Berichterstatter Klartext sprechen und öffentlichkeitswirksam mobilisieren müsse, gehe es beim IKRK viel mehr um Vertraulichkeit und kontinuierlichen Dialog außerhalb der Öffentlichkeit. Das IKRK kümmert sich in aller Welt um Betroffene in bewaffneten Konflikten.

In Deutschland wurde Melzer bekannt, als er im Sommer 2021 das teils brutale Vorgehen der Berliner Polizei bei nicht genehmigten Versammlungen gegen die Corona-Politik kritisierte. Dabei seien womöglich Menschenrechtsverletzungen begangen worden, sagte er damals. Er

habe Ende 2021 aus Berlin Antwort auf seine schriftliche Bitte um Stellungnahme bekommen, dies aber noch nicht ausgewertet, sagte Melzer. Er wisse noch nicht, ob weitere Schritte nötig seien.

"Nähe zu 'Verschwörungsideologen und Hass-Propagandisten'"

Im Fall des WikiLeaks-Gründers Assange hat Melzer die britische Justiz immer wieder scharf kritisiert. Assange sitzt in London in Auslieferungshaft. Die USA wollen ihm den Prozess machen, weil er nach ihrer Darstellung geheime Informationen veröffentlicht hat, was Menschenleben in Gefahr gebracht habe. Ein britischer Gerichtsentscheid im Dezember, der die Auslieferung wahrscheinlicher macht, sei ein "politisch motivierten Urteil" gewesen, sagte Melzer.

Die Süddeutsche Zeitung (SZ) hatte in einem Beitrag vom 24. Januar 2022 Melzer vorgeworfen, in seiner Arbeit "zu weit zu gehen" und ihn in die Nähe von "Verschwörungsideologen und Hass-Propagandisten" gerückt – den Abdruck einer Gendarstellung Melzers verweigerte die SZ und wurde dafür zum Teil scharf kritisiert.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fcec45b480cc5e7728193f.jpg>

abends:

snanews.de: **Medien: Bundesregierung bezeichnet China als „systemischen Rivalen“**

Die Bundesregierung will gegenüber China härter auftreten als bisher: Das Land soll laut einem Dokument, das das deutsche Außenministerium vorbereitet, in Zukunft neben „Partner und Wettbewerber“ als „systemischer Rivale“ eingestuft werden. Das berichtet der „Spiegel“ unter Verweis auf eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes.

Das Papier soll dazu beitragen, Streitigkeiten bei konkreten Entscheidungen zu vermeiden: „Die chinesische Seite tritt uns gegenüber immer mit demselben Sprechzettel auf. Nur wenn wir genauso mit einer Stimme sprechen, können wir unsere Werte und Interessen gegenüber Peking durchsetzen“, sagte der grüne Europaabgeordnete Reinhard Bütikofer dem Magazin „Spiegel“.

Kritik gibt es insbesondere an den Menschenrechtsverletzungen wie der Unterdrückung der Uiguren. Bütikofer kritisierte außerdem Restriktionen gegen westliche Politiker durch die chinesische Führung, die auch ihn betreffen. „Der chinesische Parteistaat entlarvt sich immer mehr als das, was er ist“, sagt Bütikofer: „Darüber gibt es in der Bundesregierung keine zwei Meinungen mehr.“

Man suche zwar die Kooperation mit China, aber eben „auf der Grundlage der Menschenrechte und des geltenden internationalen Rechts“, heißt es dazu im Koalitionsvertrag. Laut Bütikofer warben insbesondere Grüne und FDP für den neuen Ansatz, doch auch die SPD hätte es mitgetragen.

Weitere Marktöffnungen und fairer Wettbewerb im Fokus

Das Wirtschaftsministerium will deutsche Unternehmen in China stärken, gleichzeitig auch vor Zwangsmaßnahmen schützen. Man trete im Austausch mit China für weitere Marktöffnungen und fairen Wettbewerb ein. „Außerdem arbeiten wir auf EU-Ebene an der Weiterentwicklung des handelspolitischen Instrumentariums der EU, um bei Bedarf Markt- und Wettbewerbsverzerrungen angemessen begegnen zu können“, sagte eine Sprecherin von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) dem „Spiegel“.

Auch die Pläne von Kanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock untermalen die neue China-Strategie. Beide reisen nicht zu den Olympischen Winterspielen nach Peking. Scholz habe zwar bereits ein Treffen mit Xi anberaumt, allerdings erst nach Regierungskonsultationen mit Indien und Japan. Baerbock habe indes noch keine Pläne für einen eigenen China-Besuch.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/08/12/3270542_0:0:1920:1080_1920x0_80_0_0_44be268be071daca68dce64c1b127d50.jpg